

Wir machen Offenbach fit für die Zukunft

Leitbild

1. Entwurf (Stand: Januar 2002)

*Lokale
agenda 21
Offenbach am Main*



Einleitung

Das Thema Lokale Agenda 21 hat heute mehr Aktualität denn je. Dieses Jahr wird es wieder einen globalen Gipfel geben, in dem Bilanz **gezogen**, Erfolge und Mißerfolge abgewogen werden sollen. Bei der Konferenz Rio + 10 in Johannesburg wird erneut die nachhaltige Entwicklung weltweit im Licht der Öffentlichkeit stehen.

Bereits im Jahr 1992 beschloß die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro die Agenda 21: Das Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. Ziel ist eine weltweite nachhaltige und damit zukunftsfähige Entwicklung.

Als Kriterien für Nachhaltigkeit umfaßt die Agenda 21 vier vorrangige Dimensionen:

- 🌐 ökologische Tragfähigkeit
- 🌐 ökonomische Nachhaltigkeit
- 🌐 soziale Verteilungsgerechtigkeit und Gleichberechtigung
- 🌐 Zukunftssicherung unter Berücksichtigung des Bedarfs künftiger Generationen

Mehr als 170 Staaten verpflichteten sich, die Agenda 21 gemäß dem Motto „Global denken - lokal handeln“ auf kommunaler Ebene **umzusetzen**.

Die Offenbacher Stadtverordneten haben im Juli 1997 den Beschluß gefaßt, einen Lokale Agenda 21-Prozess, mit dem Ziel der Erarbeitung eines kommunalen Handlungsprogrammes, durchzuführen.

Das Handlungsprogramm liegt hiermit als Leitbildentwurf vor und ist nun von den zuständigen politischen Gremien **zu** beraten und **zu** verabschieden.

Das endgültig beschlossene Leitbild dient als Grundlage für zukunftsfähiges politisches Handeln im Sinne der Agenda 21 - auf kommunaler Ebene.

Zur Entstehung des Leitbildentwurfes

Anfang 1998 fand die Auftaktveranstaltung zur Lokalen Agenda 21 statt.

Nachdem sich die Themenbereiche sowie die Struktur entwickelt und gefestigt hatten, lagen die Interessen und Schwerpunkte vorerst bei der Öffentlichkeitsarbeit, der Gewinnung von weiteren Agenda-Akteurinnen und -Akteuren und der Entwicklung und Durchführung von Agenda-Projekten. Ab Ende 1999 wurde verstärkt das Thema „Leitbild“ aufgegriffen und die ersten konkreten Schritte zu dessen Entwicklung getan.

In einem kontinuierlichen Prozeß, der ca. 1½ Jahre dauerte, wurden die Entwürfe der Präambel sowie der 12 Leitlinien

- 🌐 von Agenda-Akteurinnen und -Akteuren, i.d.R. unter Beteiligung von Verwaltungsvertreterinnen und -Vertretern sowie weiteren Fachleuten erarbeitet
- 🌐 über die Leitbildgruppe an das Plenum zur Beschlußfassung weitergeleitet
- 🌐 von der aus Fraktions- und Agenda-Vertreterinnen und -Vertretern bestehenden Koordinierungsgruppe beraten und im Konsens verabschiedet
- (?) vom Agenda-Büro redaktionell überarbeitet

Schließlich wird der Leitbildentwurf vom Magistrat beraten und den Stadtverordneten zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt.

Übersicht

(Hinweis: In Klammern ist jeweils das Beschlußdatum der Koordinierungsgruppe vermerkt)

Präambel	1
Umwelt	
Klimaschutz als (über-)lebenswichtige Aufgabe Offenbachs (8.3.01)	3
Natur- und Landschaftsschutz (11.10.01)	6
Stadtentwicklung	
Verkehr in Offenbach nachhaltig gestalten (20.11.00)	9
Stadtplanung (11.10.01)	12
Aus der Historie schöpfen - ein Beitrag zu Offenbachs Identität (28.11.01)	15
Soziales	
Integration (13.12.00)	18
Soziale Gerechtigkeit (28.11.01)	21
Arbeit (8.3.01)	23
Bildung (8.3.01)	25
Wirtschaft	
Nachhaltiges Wirtschaften (10.12.01)	27
Offenbachs globale Verantwortung (8.8.01)	29
Konsum (20.11.00)	32

Präambel

Offenbach versteht das Aktionsprogramm Agenda 21, das 1992 von 178 Staaten auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro ins Leben gerufen wurde, als stetigen und lebendigen Prozeß.

Im Sinne dieses neuen programmatischen Denkens stehen ökologische, wirtschaftliche und soziale Zukunftsbeständigkeit im Vordergrund.

Dieser Ansatz verknüpft kommunales Agieren mit nationalen und internationalen Belangen unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen von lokalem und globalem Gemeinwesen.

Auf städtischer Ebene und über parteipolitische Grenzen hinweg sieht Offenbach hierin eine Chance, das Verständnis für die Arbeit an einer nachhaltigen Zukunft bei den hier lebenden Menschen zu wecken und zu fördern.

Alle Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihres Alters oder ethnischer Zugehörigkeit sind aufgefordert sich aktiv und gleichberechtigt in der Lokalen Agenda 21 zu engagieren.

Die Lokale Agenda 21 wird als bleibende Institution in Offenbach etabliert und organisatorisch abgesichert.

Eigenverantwortlich und ehrenamtlich werden in verschiedenen Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21 und in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung die unterschiedlichsten Projekte initiiert und bearbeitet, die der nachhaltigen Entwicklung Offenbachs Impulse geben.

Die Lokale Agenda 21 versteht sich selbst als Katalysator beim Ausgleich von berechtigten privaten und ebenso berechtigten allgemeinen Interessen, ohne dabei der Raison einer bestimmten Gruppe zu unterliegen.

Sie bietet ein Forum, **eingefahrene** Paradigmen zu hinterfragen und neue, tragfähige, zukunftsweisende Horizonte nach dem Konsensprinzip für die Stadt zu erschließen.

Übergeordnetes Ziel der „Lokalen Agenda 21 Offenbach“ ist die Verträglichkeit mit **ökologischen**, sozialen, ökonomischen und globalen Belangen im Sinne der Nachhaltigkeit für die nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Dieser Anspruch liegt den nachfolgenden Leitlinien zugrunde.

Zur Verwirklichung dieses Anspruches wird die Stadt Offenbach das Agenda-Büro dauerhaft weiter führen und personelle Ressourcen und jährlich finanzielle Mittel zur Weiterentwicklung der Lokalen Agenda 21 unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere zur Entwicklung und Umsetzung von Projekten im Sinne dieses Leitbildes bereitstellen.

Der Magistrat setzt im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten dieses Leitbild um und berichtet im Abstand von 2 Jahren der Stadtverordnetenversammlung in einem „Offenbacher Nachhaltigkeitsbericht“ über die Umsetzung der in diesem Leitbild genannten Maßnahmen und über neue Projekte, die der Verwirklichung des Leitbildes dienen.

Um die Fortschritte Offenbachs in Richtung Nachhaltigkeit kontinuierlich dokumentieren zu können, wird von der Lokalen Agenda 21 - in Kooperation mit der Verwaltung - als nächster Schritt ein Indikatorensystem installiert. Die Darstellung der aktuellen Indikatorenwerte ist Bestandteil des „Offenbacher Nachhaltigkeitsberichtes“ .

Das Leitbild ist kontinuierlich weiter **zu** entwickeln und spätestens alle 5 Jahre sind die Veränderungen zu beschließen. Dazu soll 3 Jahre nach dem jeweiligen Beschluß ein neuer Konsultationsprozeß über eine Weiterentwicklung des Leitbildes unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Gang gesetzt werden. Dieser führt nach spätestens einem Jahr zum Beschluß des weiterentwickelten Leitbildes in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadt nimmt alle ihr gegebenen Möglichkeiten wahr, die Ziele des Leitbildes auch in überregionalen Gremien und Zusammenhängen zu vertreten.

Dieses Leitbild wird von der Stadt Offenbach nach seiner Verabschiedung in gedruckter Form veröffentlicht und auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Agenda-Leitlinie: Klimaschutz als (über-)lebenswichtige Aufgabe Offenbachs

Unter Klima wird hier der charakteristische, durchschnittliche Witterungsablauf für ein bestimmtes Gebiet sowie der Zustand der Atmosphäre über diesem Gebiet verstanden. Das Klima wird von vielen Faktoren bestimmt, die in einem empfindlichen Gleichgewicht zueinander stehen.

Natürliche Klimaveränderungen hat es in der Erdgeschichte immer wieder gegeben. Die sich jetzt abzeichnende Klimaveränderung unterscheidet sich davon erheblich:

- ④ sie ist auf menschliche Einwirkung zurückzuführen
- ④ der Zeitraum der Veränderung ist erdgeschichtlich äußerst kurz.

Wetterextreme wie Wirbelstürme, Überschwemmungen oder Dürrezeiten sind nur die äußeren Anzeichen davon. Ursachen sind vor allem die steigende Wärmeabgabe durch zunehmenden Energieverbrauch. Die damit verbundene Anreicherung der Luftschicht mit Kohlendioxyd, das bei der Verbrennung der fossilen Brennstoffe entsteht, verstärkt den bereits vorhandenen Treibhauseffekt, der eine weitere Erwärmung der Lufthülle hervorruft.

Mögliche Folgen hiervon sind ein Anstieg der globalen Mitteltemperaturen, der sich tendenziell bereits anzeigt. Klimamodelle sagen für Mitteleuropa einen Anstieg um mehrere Grad voraus, an den Polen fast um das Doppelte. Dies hat dann ein Abschmelzen der Eismassen zur Folge, was gleichbedeutend einem Ansteigen des Meeresspiegels entspricht, man rechnet mit ca. 1,5 m. Dies würde zu katastrophalen Überschwemmungen in den Küstenregionen führen.

Die Temperaturzunahme wird allerdings für Mitteleuropa nicht einen schöneren Sommer bedeuten (was sich viele Menschen erhoffen), sondern im Jahresmittel eher einen wärmeren Winter. Die Regenfälle im Sommer werden weiterhin zunehmen. Regionale Überschwemmungen auf Grund ausgiebiger Niederschläge werden die Folge sein.

Die Ausbreitung der Wüsten nach Norden wird beschleunigt. Selbst die südlichen Teile Europas werden betroffen sein.

Ein großes Problem ist die Zerstörung der Ozonschicht in der Stratosphäre durch FCKW. Sie führt zu einer zu starken UV-Bestrahlung von Menschen, Tieren und Pflanzen und schädigt diese damit. Obwohl FCKW als Treibmittel in Zukunft nicht mehr erlaubt ist, wird der angerichtete Schaden noch auf Jahrzehnte zu spüren sein.

Von ähnlicher Tragweite ist die Veränderung der Reflexion des Sonnenlichtes durch großflächige Vernichtung der Pflanzendecke aufgrund von Raubbau, Abholzung, Luftverschmutzung und Sauerem Regen.

Die vorhandenen Ökosysteme können sich solch rasanten Veränderungen nicht anpassen und werden weitgehend vernichtet; letztlich verliert der Mensch Teile seines Lebensraums und seiner Lebensgrundlagen.

Diesen geschilderten Entwicklungen entgegenzusteuern wird eine Hauptaufgabe des vor uns liegenden 21. Jahrhunderts sein. Bis jetzt scheitern globale Klima-Übereinkünfte offenbar an zu unterschiedlichen Vorstellungen und nationalen Interessen. Um so wichtiger ist ein engagiertes Auftreten und Handeln der Städte im Klimaschutz.

Für Ballungsgebiete und Städte sind die klimatischen Bedingungen im Vergleich zum freien Land oder dünn besiedelten Gebieten um einiges ungünstiger, weil die Belastung durch Schadstoffe durch die höhere Zahl der Verbrennungsvorgänge, sei es im Straßenverkehr oder der Beheizung von Wohn- und Arbeitsräumen bedeutend höher ist. Die natürliche Durchlüftung durch den Wind wird von Gebäudekomplexen und Straßenfronten behindert und es wird sehr viel weniger Sauerstoff produziert als verbraucht.

Für die Stadt Offenbach sind die Voraussetzungen aber noch um ein weiteres schlechter: Zu den Nachteilen des üblichen Stadtklimas addiert sich nämlich die zusätzliche, nicht unerhebliche Menge von Schadstoffen der Abgase von landenden und startenden Flugzeugen des Flughafens **Rhein-Main**, deren Motoren bei der Treibstoffverbrennung auch noch zusätzlich Sauerstoff verbrauchen. Der Flugverkehr trägt durch seine hohen Schadstoffemissionen direkt und zusätzlich durch die Trübung der oberen Atmosphärenschichten wesentlich zum Treibhauseffekt bei. Diese Beeinflussung sowohl des Stadtklimas als auch des globalen Klimas wird übrigens in der Diskussion um die dritte Landebahn des Flughafens kaum erwähnt.

Verpflichtung der Stadt Offenbach am Main

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ist es für die Stadt Offenbach besonders wichtig und notwendig, für den Klimaschutz im Rahmen der Lokalen Agenda 21 und ihrer Klima-Bündnis-Mitgliedschaft eine Reihe von Verpflichtungen zu übernehmen:

- ⊕ Klimaschutz als Querschnittsfunktion innerhalb der Verwaltung zu verankern
- ⊕ eine/n vom Stadtparlament gewählte/n, mit amtsübergreifenden Befugnissen ausgestattete/n **Klimaschutzbeauftragte/n einzusetzen**, die/der die Aktivitäten der Stadt in diesem Bereich koordiniert
- ⊕ eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Treibhausgas-Emissionen im Stadtgebiet durchzuführen sowie Energiespar- und Klimaschutzkonzepte für den kommunalen Bereich zu entwickeln und umzusetzen sowie eine regelmäßige Berichterstattung einzuführen
- ⊕ die Öffentlichkeitsarbeit für den aktiven Klimaschutz erheblich zu verstärken, um die Motivation für den Klimaschutz in der Bevölkerung zu erweitern
- ⊕ Entwicklung von Instrumenten und Strategien, um das erhebliche Handlungsdefizit im Bereich Klimaschutz der privaten Haushalte, wie auch von Verwaltung und Wirtschaft zu verringern
- ⊕ weniger Energie verbrauchen und weniger Auto fahren in allen vorstehenden Bereichen anzustreben.

Bestandsaufnahme

Nach wie vor besteht zu Fragen des Klimaschutzes ein geringes Problembewußtsein sowohl im privaten und gewerblichen Bereich als auch in den Verwaltungen. Wir leben, als "hätten wir noch eine zweite Erde in der Tasche".

Trotz Ökosteuer und Appellen zum Energiesparen werden unnötig viele Räume beheizt, wird zuviel Auto gefahren, werden oft überflüssige Klimaanlage verwendet. Im Bereich Wärmedämmung und effiziente Heizungsanlagen sowie Solartechnik wird die Initiative immer noch weitgehend den Hauseigentümerinnen und -eigentümern überlassen, technisch mögliche und kosteneffiziente Handlungsspielräume werden noch nicht ausgeschöpft.

Maßnahmen

Schritte, die wir selbst tun können:

- 1) Durch eine ausreichende Wärmedämmung von Mauern und Fenstern von beheizten Räumen kann der Heizwärmebedarf, der etwa ein Drittel des gesamten Bedarfs an Energie ausmacht, erheblich vermindert werden.
- 2) Ebenso kann der Treibstoffverbrauch im Bereich des Personenverkehrs, der etwa ein Viertel des Gesamtenergiebedarfs ausmacht, durch etwas bescheidenere Fahrzeuge mit kleineren, effizienteren Motoren, durch umweltbewußtes Fahrverhalten und Umstieg auf öffentliche Nahverkehrsmittel oder das Fahrrad erheblich reduziert werden.

Was die Stadt Offenbach tun kann:

- 3) Im Gebäudebereich soll durch mehr Information und durch Verwaltungsmaßnahmen erreicht werden, daß bei allen Renovierungen und Sanierungen der Außenfassade ein Vollwärmeschutz angebracht wird, da sich die hierdurch entstehenden Mehrkosten in wenigen Jahren amortisieren. Eine innovative Finanzierungsmöglichkeit wäre z.B. Contracting. Die Energieeinsparungen sind ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Zugleich werden hierdurch Handwerksbetriebe sowie deren Arbeitsplätze gesichert.
- 4) Bei Neubauten sowie bei Dach- und Heizungsrenovierungen soll der Einbau von Solarkollektoren oder anderen vergleichbaren Systemen für die Warmwasserbereitung bindend sein und entsprechend gefördert werden. Bis zu zwei Drittel des Energiebedarfs für Warmwasser können dadurch im privaten Bereich eingespart werden.
- 5) Bei Neubaugebieten ist die Wärmeversorgung der Häuser durch Fernwärme oder Blockheizkraftwerke **vorzusehen**, um eine bessere Energieausnutzung und weniger Schadstoffemissionen zu erreichen.
- 6) Ein großes Klimaschutzpotenzial beinhaltet die Reduzierung des **Individualverkehrs** mit dem PKW. Durch einen weiteren Ausbau des **ÖPNV** (S-Bahn, Bus-Liniennetz, Stadtbahn-Osttangente) und des Radwegenetzes kann der PKW-Verkehr vermindert werden. Die städtischen Busse, **Müllfahrzeuge** etc. sollen eine Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger haben. Deren Antriebsaggregate sollen im höchsten Maße umweltschonend sein, z.B. durch Verwendung von Erdgasantrieb, Elektro-Hybrid-Antrieb und andere. Die Abkehr vom fossilen Energieträger ist Zukunftsaufgabe.
- 7) Die Qualität des Kleinklimas von Offenbach muß verbessert werden. Hierzu sind die Gutachten des Deutschen Wetterdienstes zwingend zu berücksichtigen. Frischluftschneisen dürfen nicht weiter verbaut werden, z.B. Rosenhöhe, **Hainbachtal**, Buchhügel, Mainuferfläche.
- 8) Weitere Baumanpflanzungen müssen vorgenommen werden, um den Luftreinigungseffekt zu erhöhen. Es soll aber nicht bei einigen attraktiven Einzelobjekten bleiben, sondern eine Großflächigkeit ist anzustreben. In den Bebauungsplänen soll die Anpflanzung von Bäumen vorgeschrieben werden.
- 9) Für die Begrünung von Dachflächen und Fassaden soll mehr geworben und diese stärker gefördert werden.
- 10) Die Stadt Offenbach soll sich gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens und für die Verwendung von lärm- und abgasarmen Flugzeugen einsetzen.

Agenda-Leitlinie: Natur- und Landschaftsschutz

Offenbach als Teil der polyzentrischen Metropolregion Rhein-Main schützt und entwickelt seine natürliche Umwelt und sichert damit die Lebensgrundlagen, die Lebensqualität und die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger.

Ziel ist die Schaffung einer Stadt, die sich im "ökologischen Gleichgewicht" befindet, denn "Das Ganze einer Stadt (...) ist nicht nur die Summe ihrer Bestandteile, sondern ein aufeinander bezogener und nur so wirklich lebendig funktionierender **Organismus**."¹

Gegenwärtige Entwicklung

Die gegenwärtigen Tendenzen gehen dahin, daß "immer mehr Menschen immer mehr Fläche zum Wohnen beanspruchen und also auch immer mehr Menschen sich immer weniger Landschaft teilen".² In Offenbach wird außerdem ein erheblicher Flächenbedarf (Kaiserlei, Buchrain) zur Ausweisung weiterer Gewerbegebiete geltend gemacht. Die Folgen sind:

- ⊕ Aufgabe der Wohnung in der engen Stadt (**Verödung** der Innenstädte außerhalb der Geschäftszeiten wegen fehlender Infrastruktur und „Behaglichkeit“ des Wohnumfeldes), verbunden mit einer
- ⊕ Zersiedelung der Landschaft durch die Schaffung reiner Wohnstädte, die während der Geschäftszeiten weitgehend „ohne Leben“ sind
- ⊕ Immer weiter werdende Wege in die Naherholungsgebiete zur Freizeitgestaltung
- ⊕ Verdrängung von Landwirtschaft und Natur aus den Naherholungsgebieten
- ⊕ Immer weiter werdende Wege der Nahrungsmittel vom Erzeuger zum Verbraucher
- ⊕ Eine ständige Erhöhung des Verkehrsaufkommens
- ⊕ Fluglärmelästigung verhindert Naherholung

Ziele und konzeptionelle Basis

Das Erstellen eines planerischen Gesamtkonzeptes und die Sicherung der Flächen in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen zur Erfüllung aller sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner Offenbachs (unter möglichst geringer Inanspruchnahme von Flächen und Ressourcen), denn gerade Landschaft in Ballungsräumen "kann langfristig vor dem beliebigen Zugriff wirtschaftlicher Interessen nur bewahrt werden, wenn sie durch Planung **tabuisiert** wird."²

- ⊕ Eine nachhaltige Stadtentwicklung, die die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Belange entsprechend berücksichtigt und sinnvoll vernetzt.
- ⊕ Die Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Luft-, Boden- und Wasserqualität, die Erhaltung biologischer Vielfalt durch den Schutz der Lebensräume heimischer Tier- und Pflanzenarten, ein haushälterischer Umgang mit der Fläche und die Sicherung und Entwicklung von Naherholungsgebieten.
- ⊕ Die Aufstellung verbindlicher Umweltqualitätsziele für die Zukunft.

Freiflächen sichern und entwickeln

Vor dem Hintergrund der zur Zeit von der Politik angestrebten wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt, des Siedlungsdrucks, des Infrastrukturausbaus und der Erfordernisse einer nachhaltigen Stadtentwicklung hat die Freiraumsicherung und -gestaltung ein besonderes Gewicht. Sie ist Voraussetzung für den Erhalt der günstigen siedlungsstrukturellen Ausgangsposition mit attraktiven Freiräumen in der unmittelbaren Nähe von Siedlungsgebieten und den Erhalt klimatisch bedeutender Bereiche (z.B. Frischluftschneisen).

Biotope und Biodiversität -

Offenbach trägt Verantwortung im Artenschutz

Die Schaffung eines Biotopverbundsystems ermöglicht eine Vernetzung landschaftstypischer Biotope und damit

- ☛ den notwendigen genetischen Austausch der Teilpopulationen,
- ☛ die Sicherung der Mindestpopulationsgrößen,
- ☛ die Mindestgröße für ein dynamisches Gleichgewicht der Systeme im regionalen Verbund und damit
- ☛ die notwendige Stabilität gegen Beeinträchtigungen von außen.

Die Nutzung, Pflege und der Zugang zu Flächen werden nach ihren festgelegten Funktionen (Natur- und Artenschutz, Landschaft, Erholung, **Freizeit**, ...) gesichert und gegebenenfalls **entwickelt**. ökologische Schutzräume ohne direkte menschliche Nutzung werden verstärkt geschaffen und Brachen, z.B. aus Gewerbeflächen, werden entweder einer wirtschaftlichen Verwertung zugeführt, um die Inanspruchnahme neuer Flächen zu vermeiden **oder** für Projekte der Naherholung, des Biotop- oder Artenschutzes zur Verfügung gestellt.

Die Sinne schärfen -

Bewußtseinsbildung für die Natur in Offenbach

Mit einer Erziehung und Bildung zum Naturschutz, zur Stadtökologie und zur naturnahen Nutzung (z.B. in der Freizeit) sowie das Erleben der Umwelt mit allen Sinnen soll die ökologische Verantwortung der jungen Bewohnerinnen und Bewohner für ihre Stadt gefördert werden.

Maßnahmen und Projekte

- 1) Konsequente Sicherung von Freiflächen im Rahmen der Bauleitplanung (z.B. Waldhof II, Buchrain, Buchhügel, Bürgel / Rumpenheim)
- 2) Verstärktes Einwirken auf die Neuweisung von Schutzgebieten (z.B. Kuhmühlgraben)
- 3) Beseitigung der Vollzugsdefizite von Ausgleich und Ersatzmaßnahmen und deren vorrangige Durchführung in der Nähe des Eingriffsortes
- 4) Beseitigung der Vollzugsdefizite bei der Verfolgung illegaler Baumaßnahmen im Außenbereich und Schutz von Freiflächen vor weiterer Bebauung
- 5) Beseitigung der Vollzugsdefizite bei der illegalen Nutzung von Freiflächen und Schutzgebieten (z.B. illegale Gartennutzung). Soweit möglich, sollen hierbei Verfahren des strikten Gesetzesvollzuges durch vertragliche Vereinbarungen mit den derzeitigen Nutzerinnen und **Nutzern**, z.B. im Rahmen von Mediationsverfahren, ersetzt werden.
- 6) Beseitigung der Vollzugsdefizite bei der Umsetzung der Baumschutzsatzung
- 7) Aufstellung von **Artenschutzprogrammen** (z.B. Vogelwelt, Amphibien, Schmetterlinge)
- 8) Planung eines Biotopverbundsystems (inkl. konsequentem Flächenankauf durch die Stadt)
- 9) Aktiver Artenschutz, u.a. durch Umsetzung von bestehenden Planungen zum Amphibienschutz, Straßensperrungen bei Krötenwanderung (insbesondere im Bereich **Bieber-Waldhof**)
- 10) Umsetzung von Maßnahmen zum Gewässerschutz (z.B. Vertiefung und Umsetzung der Planungen zur Renaturierung der Bieber, des Hainbachs nördlich der Stadthalle sowie des Kuhmühlgrabens)
- 11) Schaffung von Anreizen zu Erhalt, Regeneration und Neuanlage von ökologisch wertvollen Landschaftselementen (z.B. Streuobstwiesen, Entwicklung naturnaher Auenbiotope im Mainbogen, ...) und deren langfristige Sicherung und Pflege durch die Vergabe von Patenschaften,
- 12) Kulturlandschaftspflege, z.B. durch Einbindung der Landwirtinnen und Landwirte
- 13) Unterstützung der extensiven Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen
- 14) Verpachtung von (stadt-)eigenen Flächen an Landwirtinnen und Landwirte, Kleingarten- sowie Sportvereine unter ökologischen Auflagen
- 15) Motivation von Landwirtinnen und Landwirten in der Umgebung zur Direktvermarktung in Kooperation mit dem Kreis Offenbach
- 16) Zertifizierung des Stadtwaldes nach FSC-Kriterien

- 17) Schaffung einer "Straßenlampen-Satzung" (hier unter dem Aspekt Nachtinsektenschutz)
- 18) Förderung und Unterstützung für das LA 21-Projekt "Bäume für Offenbach"
- 19) Auflage eines Förderprogramms für Naturschutzmaßnahmen im Innenbereich (Fassadenbegrünungen, Baum-/Gehölzpflanzungen, Nisthilfen, ...)
- 20) Pflanzung einheimischer Gehölze und Bäume als Nahrungsgrundlage für Insekten und Vögel in Grünanlagen, Kindergärten, Schulen (nicht im straßenbegleitendem Grün)
- 21) Nachrüstung öffentlicher Gebäude unter Artenschutzaspekten (z.B. Niststeine für Mauersegler, Fledermausziegel, ...)
- 22) Unterstützung von Maßnahmen der Flächenentsiegelung
- 23) Neukonzipierung des derzeitigen Waldzoos (artgerechte Tierhaltung, anderer Standort) mit der Einbindung des Betreibers in Landschaftspflegekonzepte
- 24) Einrichtung einer Kinder- und Jugendfarm (s. Beschluß des Kinder- und Jugendparlamentes) als wesentliches Standbein einer umweltorientierten Kinder- und Jugendarbeit
- 25) Angebote der Verwaltung zur Weiterbildung von Lehrkräften / Erzieherinnen im lokalen Umwelt- und Naturschutzbereich z.B. bei der Durchführung von Projektwochen in Schulen und Kitas (Einrichtung einer Umweltberatung, Nutzung des Wettererlebnispfades auf dem Buchhügel u.ä.)
- 26) Unterstützung der Anlage von Biotopen auf dem Gelände von Schulen mit Pflege durch Schülerinnen und Schüler
- 27) Unterstützung der in Offenbach tätigen Naturschutzverbände und deren verstärkte Einbindung in die Prozesse der Stadtentwicklung,
- 28) Regelmäßige Berichterstattung zum Stand der Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen (Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an die Verwaltung)

Quellen:

¹ M. Sack (1982): Lebensraum: Straße; ISBN 3-922153-0-1

² H. Grüb, P. Lejeune (1996): Grün zwischen Städten; ISBN 3-7913-1708-3

Agenda-Leitlinie:

Verkehr in Offenbach nachhaltig gestalten !

Mobilität ist heute ein wichtiges Gut in unserer Gesellschaft. Sie trägt zur Verwirklichung des individuellen Grundrechts auf Freiheit und zur Verwirklichung vielfältiger Grundbedürfnisse, privater Wünsche und Vorstellungen bei. Dieses Gut zu erhalten ist auch Ziel einer nachhaltigen Verkehrsgestaltung.

Nachhaltigkeit heißt jedoch, eine Mobilität zu fördern, die die natürlichen Ressourcen schont, die Gesundheit der Menschen nicht beeinträchtigt, soziale Räume wie Wohnquartiere nicht zerstört und nicht auf Kosten unserer Nachkommen verwirklicht wird.

Ein wichtiger Gedanke ist hier vor allem die Vermeidung von überflüssigem Verkehr, etwa durch die bequeme, sichere und schnelle Erreichbarkeit der unterschiedlichsten Ziele in der Stadt mit modernen öffentlichen Verkehrsmitteln (Wohnen, Arbeiten, **Freizeit**, Vergnügen), die Verringerung der Distanz von Wohnen und Arbeiten, die rationale, umweltschonende Beförderung von Gütern und die besondere Förderung nichtmotorisierter Verkehrsmittel wie das Fahrrad und die eigenen Füße. Dort wo Verkehr notwendigerweise stattfindet, sollte er weder die Gesundheit der Menschen noch die Natur durch Schadstoffe, Lärm, hohes Tempo, Versiegelung und Rohstoffverbrauch gefährden. Auch das soziale Miteinander sollte durch die Zerschneidung von Lebensräumen oder die Einschränkung der Bewegungsräume von Kindern nicht beeinträchtigt werden.

Die Stadt Offenbach verpflichtet sich daher

- ④ durch eine vorausschauende Planung der Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen unnötigen Güter- und Personenverkehr zu vermeiden.
- ④ dem öffentlichen und nichtmotorisierten Verkehr in der Planung und Politik einen gebührenden Vorrang zukommen zu lassen.
- ④ die umweltverträglichen und sozialen Verkehrsarten, in der Regel den öffentlichen Nahverkehr und den Verkehr mit menschlicher Kraft (Radfahren und Gehen) zu einem komfortablen, sicheren und gut zusammenwirkenden System auszubauen und zu bevorzugen.
- ④ den motorisierten **Individualverkehr** so zu organisieren, daß Umweltschäden vermieden werden, der Flächenverbrauch reduziert wird und nur noch sichere Geschwindigkeiten erlaubt werden. Oberstes Ziel ist **es**, die Unversehrtheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und **-teilnehmer** zu erhalten.
- ④ den Güterverkehr möglichst rational und unter dem Primat der Vermeidung von LKW-Verkehr in der Stadt zu organisieren.
- ④ bei der Organisation von Verkehr immer die Bedürfnisse von in ihrer Mobilität eingeschränkten Bürgerinnen und Bürgern zu berücksichtigen, um diesen eine gleichberechtigte umweltfreundliche Mobilität zu sichern.
- ④ die gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer zu fördern und durchzusetzen.

Bestandsaufnahme

Offenbach ist eine Stadt, die aus einem alten Kernbereich und mehreren Vororten entstanden ist. Der Innenstadtbereich, der hauptsächlich als Wohn- und Einkaufsbereich dient, ist durch ein System engmaschiger, schmaler Straßen erschlossen, die keinen zusätzlichen motorisierten Individualverkehr (MIV) mehr aufnehmen können. Das Wachstum der Stadt vollzieht sich jedoch weitgehend in den Außenbereichen (Rumpenheim, Bürgel, Bieber Nord und Kaiserlei). Die Straßen können zu den Verkehrsspitzen keinen zusätzlichen Autoverkehr mehr bewältigen und es ist nicht zu verantworten, zusätzliche Schneisen durch die Stadt zu schlagen. Auch die Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner mit Lärm und Schadstoffen hat mit dem Anwachsen des Verkehrs stetig zugenommen.

Zusätzlich gibt es erhebliche Pendlerströme durch die Stadt in Richtung Frankfurt und zurück, die von den Durchgangsstraßen nur bedingt aufgenommen werden können. Auch die Autobahnen um Offenbach sind an der Grenze ihrer Kapazität ausgelastet, so daß bei einem weiteren Anstieg des Verkehrsaufkommens (Bebauung Kaiserlei) mit erheblichem zusätzlichem Verkehr auf den innerstädtischen Straßen gerechnet werden muß. Die im Bau befindliche S-Bahn in den Rodgau und nach Dietzenbach wird zu einer gewünschten Entlastung beitragen. In Nord-Süd Richtung gibt es bisher jedoch nur sehr vage Planungen (Stadtbahn-Osttangente Ffm von Neu Isenburg über Gravenbruch und Offenbach Richtung Riederwald und Bad Vilbel im Anschluß an die in Vorbereitung befindliche Westtangente über Ffm-Höchst und Flughafen), wie die Verkehrsbelastung durch den MIV verringert werden kann.

Die Verkehrsplanung der Stadt hat sich bisher weitgehend am MIV ausgerichtet. Die Bedürfnisse der Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer sind dabei nicht ausreichend berücksichtigt worden. Beispiele sind schmale zugeparkte Fußwege, ungünstige Ampelphasen und das Fehlen eines zusammenhängenden attraktiven Radwegenetzes.

Maßnahmen:

Zur Verwirklichung dieses Leitbildes prüft die Stadt Offenbach vor allem folgende Maßnahmen, um den Vorgaben der Klimakonferenz von Rio gerecht zu werden und setzt sie möglichst rasch um:

Fußgängerinnen und Fußgänger

- 1) Es müssen ausreichend breite Wege ohne dort parkende Autos oder Radwege geschaffen werden.
- 2) Kreuzungen müssen in einer Ampelphase überquert werden können.
- 3) In den Wohnbereichen muß der Verkehr so beruhigt (Tempo 30 Zonen oder Rechts- vor Linksregelung) oder vermieden werden, daß Kindern ein gefahrloses Spielen auf der Straße möglich ist, und der Aufenthalt im öffentlichen Straßenraum nicht überwiegend den Autos vorbehalten ist.

Fahrradverkehr

- 4) Schaffung eines attraktiven Radwegenetzes, da Offenbach aufgrund seiner Topographie und geringen Entfernungen zum Radfahren sehr gut geeignet ist,
- 5) weitere Anlage ausreichender sicherer Abstellmöglichkeiten für Fahrräder vor öffentlichen Einrichtungen, **Schulen**, Sportstätten und Einkaufszentren,
- 6) Förderung einer sicheren Teilnahme am Verkehr durch Verkehrserziehung,
- 7) Förderung gegenseitiger Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV)

- 8) Erreichbarkeit aller Ziele in Offenbach per ÖPNV nach den Vorgaben des hessischen Nahverkehrsgesetzes, insbesondere schneller und guter Anschluß neuer Wohngebiete,
- 9) Verbesserung des Liniennetzes durch direktere Linienführung, die derzeitigen Stadtrundfahrten z.B. der Linien 105 oder 106 sind nicht attraktiv und fahrgastfreundlich,
- 10) Einführung von Stadtteilbussen in Bieber als Anschluß an die neue S-Bahnverbindung,
- 11) Verdichtung des Taktes auf den wichtigsten Linien, insbesondere Frühfahrten Sonntags morgens sowie nachmittags,

- 12) Anschluß an das Frankfurter Nachtbusnetz, eventuell Ergänzung durch Rufbuslinien,
- 13) Einführung des bereits in Frankfurt praktizierten Halts der Busse zwischen den Haltestellen nach 20 Uhr, zur Verbesserung des Komforts und des Sicherheitsgefühls,
- 14) Kontinuierliche Umstellung auf behindertenfreundliche und umweltgerechte Fahrzeuge (Erdgasantrieb in Kooperation mit der EVO),
- 15) Attraktivere Gestaltung der Haltestellen wie im Haltestellenkonzept OF vorgesehen (Information, Beleuchtung, Sicherheit),
- 16) Förderung des Jobtickets, Einführung eines Tickets für Schülerinnen und Schüler, einer 9 Uhr Einkaufs- bzw. Monatskarte,
- 17) Verbesserung des ÖPNV Angebots durch den Bau der Regionaltangente Ost und deren Verknüpfung mit der Straßenbahnlinie 16 und dem Offenbacher Hauptbahnhof in Anbindung an die Regionaltangente West,

Schienerfernverkehr

- 18) Ausschöpfung aller Mittel zum Wiederanschluß Offenbachs an den Schienenfernverkehr, wie in anderen Ballungsräumen üblich,
- 19) Lärmschutzmaßnahmen entlang der Fernverkehrs-Trasse zur Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner,

Motorisierter Individualverkehr (MIV)

- 20) Verbesserung der Auslastung der bestehenden Parkhäuser und Parkplätze durch bessere Ausgestaltung (Beleuchtung, Sicherheit, Frauenparkplätze), Preisgestaltung und ein Parkleitsystem mit dem Ziel, das Parken in den übrigen Gebieten zu reduzieren,
- 21) Förderung und Ausbau des Park- und **Ride-Systems** (P+R),
- 22) Förderung von Car-Sharing, etwa durch die Bereitstellung von zentralen Stellplätzen,
- 23) Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in besonders vom Durchgangsverkehr betroffenen Gebieten,

Güterverkehr

- 24) Erhalt und Ausbau der Schienenanbindungen für den Güterverkehr,
- 25) Erstellung eines Logistik-Konzeptes zur Belieferung der Offenbacher Geschäfte zur Vermeidung unnötigen LKW-Verkehrs,
- 26) Nutzung der vorhandenen Wasserwege für den Transport geeigneter Güter, ohne durch weiteren Ausbau sensible Naturräume zu beeinträchtigen,

Flugverkehr

- 27) Engagement der Stadt Offenbach für eine Verringerung des **Fluglärms**, Einführung eines Nachtflugverbotes zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr, Verringerung der Schadstoffbelastung durch den Flugverkehr und Verhinderung eines weiteren Ausbaus des Frankfurter **Flughafens**.

Agenda-Leitlinie: Stadtplanung

„Städte sind Orte zum Leben, an denen man sich wohl fühlt.

Städte sind Stätten der Kultur und daher eine einzigartige Stimulans für das intellektuelle und kulturelle Leben.

Eine Stadt ist gebaute Geschichte, sie repräsentiert das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft, einer Nation oder einer Region. Mit ihren Gebäuden, **Straßen**, Plätzen und Parks spiegelt sie die kulturellen Traditionen und daher den Charakter der Bevölkerung wider.

Städte sind mehr als bloße Ansammlungen von Häusern, die durch Verkehrswege miteinander verbunden sind. Sie sind mehr als bloße funktionale Systeme, deren Vernetzung optimiert werden muss.“

(URBAN 21, Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte)

Standpunkt

Stadtplanung unserer Zeit kann als Versuch verstanden werden, die unterschiedlichen Interessen in einem Siedlungsgebiet bei der Strukturierung und Gestaltung des Lebensumfeldes sinnvoll zu berücksichtigen. Dieses Spannungsfeld der Interessen ist die Ausgangssituation jeder Planung und ist bei der Bewertung von Prozessen und Ergebnissen zu berücksichtigen. Jeder aktuelle Planungsansatz wird der Komplexität der Gegebenheiten nicht vollständig gerecht werden können. Zielkonflikte können in Theorie und Praxis nicht ausgeschlossen werden, daher wird es, je nach Standpunkt, immer Anlaß zur Kritik geben.

Aspekte der Ökonomie, des Umwelt- und Klimaschutzes, die unterschiedlichen Lebenssituationen der sozialen Gruppen und Individuen, das Spektrum der politischen Gruppierungen und deren Erwartungen, **Profilierungsbedürfnisse** verschiedener Beteiligter und anderes mehr bilden den äußerst bewegten Hintergrund der differierenden Ansprüche.

Dazu kommt die relativ schnelle Entwicklung auf dem Gebiet der Technologie und die in der Folge beschleunigten Effekte auf ökonomische Prozesse, eine Dynamik, die Zukunftseinschätzungen immer weiter erschwert.

Da Stadtplanung die Interessen aller Bewohner einer Siedlungsgemeinschaft gleichwertig einbeziehen muss, steht sie vor der Herausforderung Strategien zu entwickeln, die sowohl **Meinungs-**, Wissens- und Machtfragmente der Gegenwart zusammenbringen als auch die Unabwägbarkeiten einer unplanbaren Zukunft berücksichtigen.

Vor Ort

In Offenbach wurde in den letzten Jahren der Transformationsprozeß von der Industriestadt zur Dienstleistungsstadt des tertiären Sektors vorangetrieben. Diese Stadt muß durch alle sozialen und ökonomischen Widrigkeiten hindurchgehen, die sich aus diesem Umstrukturierungsprozeß ergeben.

Einerseits lebt in der Stadt ein hoher Prozentsatz der Menschen, die durch den Niedergang der Industrie aus dem Arbeitsmarkt verdrängt wurden, andererseits ist die Niederlassung von Unternehmen im Dienstleistungsbereich noch nicht hinreichend, um die kommunalen Finanzen im stabilen Gleichgewicht zu halten.

Zudem ließen die Schulden aus den vergangenen Jahren verschärfte Sparmaßnahmen als angemessen erscheinen.

Aus dieser Situation heraus konzentrierte sich die Kommunalpolitik im wesentlichen auf die Stabilisierung der Geldökonomie. Kommunale Fragestellungen, die diesem übergeordneten Ziel nicht unmittelbar dienen, wurden aus der Diskussion ausgeblendet.

Ein zukünftiger Aufwärtstrend der finanziellen Lage sollte wieder eine entspanntere Aufmerksamkeit auf das gesamtstädtische Geschehen erlauben.

Auch vom Standpunkt des ökonomischen aus betrachtet sind ein positives Image und die Lebensqualität einer Stadt tragende Pfeiler einer nachhaltigen Entwicklung. Die Qualität der öffentlichen Räume und der Bauwerke beeinflussen entscheidend Identitäts- und Identifikationsprozesse und deren soziale und ökonomische Folgen.

Es ist auch für Offenbach dringliche Aufgabe Partikularinteressen einzugrenzen und die Planungsinstrumente zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger effizient einzusetzen.

Dabei ist die Verfügungsgewalt über städtischen Grund und Boden einer der wichtigsten Einflußmöglichkeiten demokratischer Regierungssysteme. Der Ausverkauf kommunalen Areals verbaut Zukunftsoptionen und ist eindeutig kein nachhaltiges Handeln.

Städtische Bevölkerungen sind zunehmend inhomogen zusammengesetzt. Die Verdrängung einkommensschwacher Gruppen aus dem eigenen Verantwortungsbereich ist zwar ein weitverbreiteter, wenn auch unausgesprochener Wunsch, widerspricht aber einer weitsichtigen Vernunft und der allgemeinen ethischen Übereinkunft fast aller Kulturen.

Eine differenzierte lokale Wirtschaft mit einem breiten Spektrum von Beschäftigungsangeboten und intelligente Wege zur Wohnungsbauförderung und Bereitstellung für alle Einkommensklassen sind unabdingbare Bestandteile einer Stadtentwicklung, die allen Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird.

Weitere grundlegende Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung wie Verkehr und Klimaschutz, die mit den Planungsprozessen verbunden sind, werden in den entsprechenden Leitlinien vertieft.

Maßnahmen

- 1) Bei der Erstellung von **Flächennutzungsplänen** ist darauf zu achten, eine urbane Struktur zu schaffen, die eine Entwicklung attraktiver Räume erlaubt und die gewachsenen städtischen Lebensräume erhält, so daß der Charakter der Stadt gewahrt bleibt.
- 2) Bei der Ausarbeitung verbindlicher Bebauungspläne ist sicherzustellen, daß Bauten, die für bestimmte Gebiete typisch sind, erhalten und integriert werden. Darüber hinaus sollten diese Pläne gewährleisten, daß neue Gebäude und Gebäudekomplexe in die vorhandene städtische Struktur passen und einen Beitrag zur Entwicklung attraktiver Stadträume leisten.
- 3) Es ist dafür zu sorgen, daß Natur- und Kulturlandschaften als unersetzliche Naherholungsgebiete im verdichteten urbanen Umfeld erhalten bleiben.
- 4) Den umweltfreundlichsten Formen der Fortbewegung wie Gehen, Radfahren, öffentlicher Nahverkehr, ist Vorrang einzuräumen, indem Straßen umgestaltet bzw. zurückgebaut werden.
- 5) Mit raumordnungs- und **raumentwicklungspolitischen** Maßnahmen soll gewährleistet werden, daß Erschließungs- und Sanierungsvorhaben in Gegenden mit dichter Infrastruktur und gemischter Nutzung erfolgen, um Fahrzeiten möglichst gering zu halten.
- 6) Es sind weitere Alternativen zu dem System des sozialen Wohnungsbaus zu entwickeln, um Familien mit niedrigem Einkommen zu helfen, angemessene Wohnungen zu finden, die keine Stigmatisierung der Bewohnerinnen und Bewohner mit sich bringen und außerdem bezahlbar sind
- 7) Dazu gehört auch eine Bodenpolitik, die durch die Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbpacht für einkommensschwache Familien oder soziale Bauvorhaben, Bodenspekulation verhindert und damit günstige Baupreise und Mieten für diese Nutzergruppe ermöglicht.
- 8) Der öffentliche Raum ist als existenzieller Bestandteil urbanen Lebens zu erhalten und muß mit der angemessenen planerischen und finanziellen Aufmerksamkeit bearbeitet werden.
- 9) Städtischer Boden muß soweit wie möglich kommunales Eigentum bleiben. Nur so ist planender Einfluß auch für die Zukunft möglich.
- 10) Es müssen Formen der Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen entwickelt werden, um bei der Frage des Nutzens eines Projektes für die Allgemeinheit größtmögliche Transparenz zu gewährleisten.
- 11) Eine Besonderheit der Industriearchitektur lag historisch in einer engen Verflechtung von Werkbauten und umliegenden Wohngebieten. Wertvolle industrielle Bausubstanz soll, nach dem Beispiel des Offenbacher Schlachthofes, erhalten und als gemischt genutztes Quartier entwickelt werden.

- 12) Bedingt durch die rasante wirtschaftliche und technische Entwicklung verändern sich die Nutzungen moderner Gewerbegebäude oft innerhalb weniger Jahre. Bei der Genehmigung von Bauvorhaben sollte daher der Aspekt der Nachnutzungen ein großes Gewicht erhalten.
- 13) Die Stadt Offenbach, Politik und Kultur sind mit einem tiefgreifenden Wandel in allen Lebensbereichen konfrontiert - ökonomisch, städtebaulich, verkehrlich, regionalpolitisch. Der Kultur kommt in diesem Wandlungsprozeß eine zentrale Rolle zu: sie übernimmt die Aufgabe als Moderatorin, als begleitende **Instanz**, Gegengewicht und gleichzeitig Katalysator von Prozessen und deren Wahrnehmung.
Der öffentliche Raum ist die Plattform für Stadtkultur. Die Kunst im öffentlichen Raum übernimmt in Stadtentwicklungsprozessen oft die Aufgabe der Moderatorin. Die Stadt soll den Dialog mit Stadtbewohnerinnen und **-bewohnern**, Künstlerinnen und Künstlern sowie Planerinnen und Planern intensivieren, um eine besondere Form von Kommunikation in der Stadt über die Stadt zu eröffnen.
- 14) Offenbach besitzt zwischen Main und Berliner Straße sowie zwischen Kaiserstraße und Schloßstraße ein Stadtgebiet, in dem **Grünflächen**, Aufenthaltsplätze und kulturelle Einrichtungen dominieren. Dieses Potential ist einmalig im Rhein-Main-Gebiet. Durch eine stetige Verbesserung und Aufwertung des Viertels zwischen Stadt und Fluß soll die Unverwechselbarkeit der Stadt Offenbach am Main in Zukunft stärker betont werden.
- 15) Die Parks und das Mainufer übernehmen als Frischluftinseln eine für das Stadtklima wichtige Ausgleichsfunktion. Sie sollten gegenüber anderen Nutzungsansprüchen dauerhaft gesichert werden.
- 16) Der Grünring vom Main zum Main soll als Bestandteil des Regionalpark RheinMain in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden. Dabei sind neue Erlebnisbereiche einzuplanen, aber auch ökologisch wertvolle Flächen zu schützen.
- 17) Der Offenbacher Grünring vom Main zum Main soll zu einem festen Bestandteil des "Regionalpark RheinMain" werden, damit die zwischen den Siedlungen noch vorhandenen Freiräume gesichert und Schritt für Schritt zu einem attraktiven Gesamtbild in Rhein-Main-Gebiet zusammengefügt werden können.
- 18) Bei Planungsprojekten soll das Unverwechselbare und Ortstypische aufgenommen und gesteigert werden. Nur durch eine gute Einbindung in das Stadtbild können interessante und gute Ideen von Architektinnen und Architekten einer schnellen Abnutzung durch wechselnde Mode-Erscheinungen entgehen.
- 19) Die Offenbacher Innenstadt ist auch ein Wohnquartier. Der Erhalt des Wohnens im Zentrum ist festzuschreiben und zu fördern.
- 20) Unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit muß bei weiteren Planungen im öffentlichen Raum auf Vermeidung von unbeleuchteten Restflächen geachtet werden.
- 21) Bei neuen Projekten ist der Grad der Öffentlichkeit, der Überschaubarkeit und der Belebtheit ein wichtiges Urteilkriterium (wie z.B. die stützenfreie Ausgestaltung der S-Bahn-Stationen).
- 22) Die Gestaltung des öffentlichen Raumes muß bewußt nach ästhetischen und funktionalen Gesichtspunkten erfolgen. Auf die Schaffung von Erlebnisqualität durch (auch unkonventionelle) Gestaltungsmittel ist ebenso viel Wert zu legen, wie auf Aufenthaltsqualität für die verschiedenen Nutzergruppen in der Stadt.
- 23) Eine zeitgemäße Wohnungsbau-Planung, die auf Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung ebenso reagiert, wie auf neue Erkenntnisse aus dem Bereich des kosten- und flächensparenden und ressourcenschonenden Bauens.
- 24) Die Siedlungsentwicklung muß insgesamt so gesteuert werden, daß die historisch gewachsenen einzelnen Stadtteile erkennbar bleiben und nicht in einem undefinierbaren Siedlungsbrei zusammengeschmolzen werden.

Agenda-Leitlinie: Aus der Historie schöpfen – ein Beitrag zu Offenbachs Identität

Vermittlung von Geschichte und Aufbewahrung wichtiger Zeugen der Vergangenheit, die die Rolle und Entwicklung von gesellschaftlichen Gruppen in Kommunen dokumentieren, sind Ausgangspunkt für die Förderung der nachhaltigen Entwicklung und für die Fähigkeit von Menschen, sich mit gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen.

Voraussetzungen

In Offenbachs Stadtbild ist die historische Stadtentwicklung vor allem ab dem späten 18. Jahrhundert ablesbar. Dies betrifft sowohl die allgemeine Geschichte deutscher Mittelstädte, als auch die individuelle Geschichte einer sehr schnell gewachsenen Industriestadt mit liberalem Bürgertum und einem großen Bevölkerungsanteil zugezogener Arbeitskräfte. Entstanden ist ein Stadtbild, welches den herkömmlichen Normen der Ästhetik nur partiell zu entsprechen scheint. Die emotionale Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrer Stadt macht sich nicht zuletzt an einzelnen historischen Bauobjekten, Grünanlagen und der Flußlandschaft fest. Identität macht sich an Objekten fest, deren Erscheinungsbild aber nicht statisch ist, sondern sich mit der Zeit prozeßhaft verändert. Sie hat aber nicht nur mit Historie, sondern auch mit aktuellen identitätsbildenden Veränderungen, neuen Ritualen, Festen und soziokulturellen Tendenzen zu tun.

Trotz vieler Verluste, nicht zuletzt durch Krieg und Wiederaufbau-Euphorie, besitzt Offenbach eine große Anzahl von Einzelbauten und Bau-Ensembles, an denen sich die Stadtgeschichte ablesen läßt und deren Gesamtheit den unverwechselbaren Stadtcharakter bildet. Diese geschichtliche Tiefendimension sollte im Kernstadtbereich nicht zugunsten kurzfristiger Neubaulösungen aufgegeben werden. Die inzwischen revisionsbedürftigen Baukonzepte der 1970er Jahre sollten dazu anregen, zu einem verträglicheren Nebeneinander von Altbausubstanz und Neubauprojekten zu kommen, um in Zukunft auch den Gemütswerten und dem Schönheitsempfinden der Stadtbevölkerung Rechnung zu tragen. Beispielhafte Renovierungsprojekte können zeigen, daß dies auch ohne Sentimentalität oder rückwärtsgewandte Einstellung möglich ist.

Leitbild

Die Revitalisierung und Restaurierung sowohl denkmalgeschützter wie auch nicht durch dieses Prädikat "gedelter" historischer Bauwerke ist ein Beispiel für Nachhaltigkeit per se. Vielfalt und Geschichtshaltigkeit sowohl der Baugestalt wie auch des Wissens um die jeweiligen Bezüge des einzelnen Objektes zur Gesamtheit der Stadtentwicklung bieten individuelle Identifikationsmöglichkeiten, aus denen sich Leitbilder auch für eine Fortschreibung z.B. der Stadtteilentwicklung in die Zukunft entwickeln lassen. In den Wohnquartieren des 19. Jahrhunderts können Bau-Erhaltung und Verbesserung der Wohnraumqualität für Menschen unterschiedlicher Kulturen, Generationen und Schichten lebendige und unverwechselbare Lebensräume erhalten. Daher soll die Pflege des Stadtbildes gefördert werden.

Nicht nur im Westend, sondern auch im Nord- und Ostviertel dokumentieren Bauten und Straßenzüge Offenbachs individuelle Stadtgeschichte als Industrie- und Arbeiterstadt. Diese Geschichte darf nicht durch Abriß zugunsten eines neuzeitlichen Images verdrängt werden. Stadtbildpflege soll sich nicht auf ästhetische Aufwertung beschränken, sondern muß dem jeweiligen Charakter der Objekte und Ensembles Rechnung tragen. Zum Beispiel die Ziegelstraße als vor allem von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Beschäftigten in den unteren Lohngruppen bewohnte Straße: Die Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den verschiedensten Ländern, die die Zugewanderten des 19. Jahrhunderts aus den damaligen Armutsgebieten Deutschlands abgelöst haben und die

sich **als** Mieterinnen und Mieter in eine kleinbürgerlich geprägte Baustruktur einfügen, verleihen ihr heute dann doch einen eigenen Charakter.

Deshalb finden sich in dieser Leitlinie auch zahlreiche Bezüge zu anderen Agenda-Leitlinien (vor allem zu Stadtplanung, Naturschutz und Soziale **Gerechtigkeit**), die zum gemeinsamen Herangehen in den jeweiligen Fragen führen wird.

Markante historische Bauten und Ensembles sichern den **Wiedererkennungswert** von Gesamtstadt und Stadtteilen, auch im Hinblick auf die individuelle Positionierung Offenbachs im Rhein-Main-Gebiet. Also hat der bauliche Zustand identitätsprägender Bauten besonders im Innenstadtbereich für das Selbstbewußtsein und das Selbstwertgefühl der Bürgerinnen und Bürger einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert.

Die Behandlung öffentlicher Gebäude und Bauten in städtischem Eigentum wirkt sich auf den Umgang und die Einstellung privater Eigentümerinnen und **Eigentümer**, Bewohnerinnen und Bewohner ihrer Bauten und **auch** in dem Quartier aus. Die bereits positiven Impulse des Stadtmanagements z.B. bei Fassadenrenovierungen in den Einkaufsstraßen sollten zu Konzepten betreffend der Stadtbildpflege und Beratung für Eigentümerinnen und Eigentümer allgemein ausgeweitet werden. Verstärkte Information und Beratung in Renovierungs- und Sanierungsfragen seitens der Denkmalpflege, anderer Fachbehörden sowie fachlich qualifizierter Handwerksbetriebe können den Revitalisierungsprozeß unterstützen, um privaten Eigentümerinnen und Eigentümern geeignete Lösungen vorzuschlagen. Wünschenswert sind "Initialzündungen", welche lange aufgeschobene Projekte endlich angehen und z.T. vernachlässigte oder durch Verkehrs- und andere Belastungen strapazierte Teilbereiche oder Bauten in ästhetischer und denkmalgerechter Form erhalten und sichern.

Ziele und Maßnahmen

Nicht ausschließlich die Aspekte der Denkmalpflege, sondern auch die Bedeutung für die Stadtgeschichte und Ausstrahlung der Gebäude sollen stärker beachtet werden.

Bei der Neugestaltung von Schloßplatz und Schloßumfeld soll der Bezug zu den Denkmälern Schloß und **HfG-Altbau** sowie zur historischen Platzgestaltung, geschaffen anlässlich der Einweihung des Ernst-Ludwig-Brunnens, vorrangig beachtet werden:

- 1) Die rekonstruierte nördliche Ansichtsseite der Brücke über den ehemaligen Schloßgraben soll in der Nähe des Fundortes aufgestellt und mit einer Erläuterungstafel ergänzt werden.
- 2) Im Zuge der Fassadenrenovierung des Schlosses soll der Grabstein der Sophie von Laroche restauriert werden. Hierzu erfolgt bereits eine Sammelaktion der Gruppe "Die **Pfeffernüsse**", diese ist zu unterstützen.
- 3) Während der Platzgestaltung und der Fassadenrenovierung soll eine bodendenkmalpflegerische Begleitung aller Erd- bzw. Aushubarbeiten erfolgen, um Zeugnisse früherer Bauten bzw. der Festungsanlage im Schloßumfeld zu dokumentieren und zu sichern.

Der Bereich zwischen Main und Büsingpark soll als Grünzug und '**Kulturmeile**' weiter ausgebaut werden:

- 4) Der Lilitempel soll dabei ohne dominante Anbauten und ohne Beeinträchtigung des Parks wieder aufgebaut werden.
- 5) Der Rundtempel im Büsingpark, die Toranlage zur Kaiserstraße und die beiden neobarocken Gartenpavillons an Mainstraße und nördlicher Herrnstraße sollen baulich gesichert und restauriert werden.
- 6) Alle Parkbereiche und Grünzonen sollen im Sinne des Stadt-Park-Fluß-Konzeptes gestaltet sowie ein Parkpflegewerk erstellt und umgesetzt werden. Hierbei werden auch Friedhöfe miteinbezogen.
- 7) Die beiden noch aus dem 18. Jahrhundert stammenden Bäume im Lilipark sollen besonders hervorgehoben und gekennzeichnet werden.

Der Bereich nördlich des Hauptbahnhofs im Umfeld des Amtsgerichts soll revitalisiert werden:

- 8) Das alte Hospital soll als Initialzündung für künftige Sanierungen privater Eigentümerinnen und Eigentümer an Kaiserstraße und **Rathenaustraße** denkmalgerecht wiederhergestellt werden. Hierbei kann die Renovierung des italienischen katholischen Gemeindezentrums als Anregung dienen. Das alte Hospital sollte nach der Wiederherstellung neu genutzt werden.
- 9) Der "Taschenpark" um das alte Hospital soll erhalten und neu gestaltet werden.
(**Protokollnotiz:** Über die Zukunft des alten Hospitals und des Parks konnte innerhalb der Koordinierungsgruppe **kein Konsens** erzielt werden.)
- 10) Das frühere VHS-Gebäude soll einer baldigen Renovierung und Neunutzung zugeführt werden.
- 11) Alle Beteiligten sollen darauf hinwirken, daß ein Verkehrs- und Sanierungskonzept entwickelt und umgesetzt wird, um den Hauptbahnhof vor dem Abgleiten in völlige Bedeutungslosigkeit zu bewahren und die südliche Kaiserstraße nicht noch weiter ihrer alten Bedeutung zu berauben.

Um den besonderen Charakter des denkmalgeschützten Ensembles Alter Friedhof zu **erhalten**, sollen Konzepte wie Grab-Patenschaften entwickelt werden, um möglichst viele historische Grabsteine und Grabanlagen erhalten zu können. Auch soll dafür gesorgt werden, daß die Steine abgelaufener Gräber nicht beseitigt, sondern entweder umgesetzt oder weiterverwendet werden. Wege zur Sicherung und Erhaltung von Grabanlagen ohne Eigentümerinnen und Eigentümer sind zu entwickeln.

Weitere Bauten und Ensembles, die erhalten und deren stadthistorische Bedeutung berücksichtigt werden soll:

- Tempel im Dreieichpark
- Wilhelmsplatz
- Villa Neubecker
- Hauptbahnhof
- Bahnpost-Gebäude
- Bei einer Neugestaltung des Hafengeländes soll dessen Entwicklungsgeschichte mit in die Planung einbezogen werden. Das Hafenmeistergebäude ist zu erhalten.
- Im Rumpenheimer Schloßpark sollen beide Tempel und die Grabdenkmäler erhalten und restauriert werden.
- Buchhügel (archäologische Funde werden vermutet)
- Bieber (alter Ortskern)
- Der 'hängende Grenzstein' im Bogen der Grenzgrabenbrücke (Nähe Stadtgrenze Offenbach/Frankfurt) soll erhalten werden.
- Der Ernst-Ludwig-Brunnen am Schloßhof soll gepflegt und erhalten werden.

Obige Auflistung umfaßt keineswegs alle zu beachtenden Objekte. Sie soll aber vor allem an die Verpflichtung der Stadt Offenbach erinnern, durch den Umgang mit eigenen Bauten oder ihrem Engagement zugunsten stadtbildprägender Gebäude fremder Eigentümer so zu verfahren, daß der sinnliche Zugang der Menschen zur Stadtgeschichte an ihren jeweiligen Orten möglich bleibt und durch Information verbessert wird. Aus dem „Buch der Offenbacher Geschichte“ dürfen nicht weitere „Seiten“ herausgerissen werden, ob sie nun von der Geschichte der Fürsorge für mittellose Hospitalpatientinnen und -patienten, von Arbeitsplätzen, dem Einzelschicksal oder dem der verschiedenen Gruppen der Stadtgesellschaft erzählen und ein Bild vermitteln.

Darüber hinaus ist es notwendig, daß die Bodendenkmalpflege durch Stadtverwaltung und Politik eine Aufwertung und Unterstützung erhält.

Agenda-Leitlinie: Integration

Europäische Gesellschaften der Gegenwart vereinen in sich eine Vielfalt **soziokultureller** und ethnischer Gruppierungen.

Die Unterschiedlichkeit der Menschen und ihres lebensweltlichen Hintergrundes als Chance zu begreifen und anzuerkennen ist die Herausforderung der Zukunft.

Offenbach entdeckt seine Menschen als kulturellen und ökonomischen Wert und entwickelt mit ihnen selbstbewußt ein lebendiges und unverwechselbares **Profil** !

Bestandsaufnahme

Das Thema „Integration“ ist kein klassischer Topos der Klimakonferenz von Rio. Doch eine ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung ist ohne sozialen Frieden und eine gewisse ökonomische Prosperität undenkbar.

Über 30% der Offenbacher Bürgerinnen und Bürger können als Immigrantinnen und Immigranten unterschiedlicher Herkunft bezeichnet werden, die das Land nicht mehr verlassen werden. Das ist Faktum, ungeachtet der Debatte ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht. Ethnische Heterogenität birgt neben den Chancen einer produktiven kulturellen Auseinandersetzung und der Inspiration durch das jeweils Fremde auch ein Konfliktpotential. Allgemeine gesellschaftliche Probleme können **ethnisiert** werden und zu irrationalen gefährlichen politischen Haltungen führen. Zwischen den ethnischen Gruppen unserer Gesellschaft bestehen Machtunterschiede und vorwiegend ethnozentrisches Denken. Hinzu kommt eine steigende Verknappung des überlebenswichtigen Gutes „Arbeitsstellen“.

Sind diese Merkmale gleichzeitig gegeben, ist nach Erkenntnissen der Soziologie interethnischer Beziehungen und nach der eigenen Lebenserfahrung die Gefahr für Unfrieden am größten.

Offenbach hat in der Geschichte seit den Hugenottenwanderungen im 17. Jahrhundert bis zu der Arbeitsmigration in den 60er Jahren großartige integrative Leistungen vollbracht und so soll es bleiben. Das ist aber kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken, um „schlafende Hunde nicht zu wecken“. Die Hunde sind schon lange wach und Menschen unterschiedlicher **Herkunft**, auch deutsche Bürgerinnen und Bürger, fühlen sich von möglicher Eskalation der Konflikte bedroht.

Deshalb muß sich die Stadt im eigenen Interesse verpflichten, die Integrationsproblematik in den Fokus ihrer bewußten Aufmerksamkeit zu stellen. Die derzeitige „ad hoc“ Politik wird der komplexen Problematik und der Brisanz des Themas nicht gerecht. Es müssen Institutionen etabliert oder verstärkt werden, die dieser gesellschaftlichen Aufgabe eines friedlichen und für die Gesamtkommune erfolgreichen Zusammenwirkens der Offenbacher Ethnien systematisch und innovativ bearbeiten.

Integration ist kein einmaliges abgeschlossenes Ereignis sondern ein Generationen unterschiedlichster Menschen umspannender Prozeß. Es wird zu jeder Zeit unterschiedliche Zustände des Zusammenlebens gleichzeitig geben: von der relativ hermetischen ethnischen Kolonie bis hin zu völlig assimilierten Individuen. Diese Zustände sind für die Migrantinnen und Migranten existentiell wichtige Reaktionen auf die veränderten Lebensbedingungen und müssen respektiert werden. Ansätze einer Zwangsintegration sind undenkbar. Alle Maßnahmen sind als Angebote an Migrantinnen und Migranten sowie Bürgerinnen und Bürger des aufnehmenden Landes zu formulieren.

Maßnahmen

Integrationsprozesse können auf vier Ebenen betrachtet werden:

1. Strukturelle Integration

- Status im Bildungs- und beruflichen Qualifizierungssystem:
Interkulturelle und mehrsprachige kommunikative Kompetenz sind eng miteinander verbunden. Sie bilden wichtige Aspekte des geforderten Lebensprofils im sozialen und ökonomischen Raum der Zukunft.
Daher ist es notwendig, Kinder und Jugendliche auf diese Anforderungen effizient vorzubereiten. Dringende Aufgabe der Gegenwart ist die Entwicklung neuer Modelle des Sprachunterrichts, die das Sprachpotential von Kindern unterschiedlicher Sprachgruppen einbinden, weiterentwickeln und für alle Lernwilligen zugänglich machen.
Ziel ist es, die interkulturelle und kommunikative Kompetenz aller Schülerinnen und Schüler so intensiv wie möglich zu fördern.
- Arbeitsmarktposition:
Alle Einflußmöglichkeiten sind auszuschöpfen, um gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Aufgrund eines sich permanent verengenden Arbeitsplatzangebotes sind auch hier Programme zu entwickeln und zu verstärken, die auf spezifische Fähigkeiten und Kenntnisse reagieren (s. Projekt V.I.A. /integra).
Offenbach verstärkt sein Engagement im Kampf gegen kriminelle Handlungen wie moderner „Sklavenhandel“, Lohndumping und Schattenwirtschaft. Im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten (Gewerbeaufsicht, Ordnungsamt, u.ä.) werden Sanktionen gegen Drahtzieher und Auftraggeber ausgesprochen und nicht gegen die betroffenen und ohnehin benachteiligten Arbeitskräfte.
- Rechtlicher Status:
Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit kann als vollständige rechtliche Integration bezeichnet werden.
Es sind daher Maßnahmen einzuleiten und zu unterstützen, um den Prozeß der Einbürgerung zu erleichtern und die Migrantinnen und Migranten über ihre Rechte und Möglichkeiten zu informieren.
Das kommunale Wahlrecht muß allen Bürgerinnen und Bürgern Offenbachs gewährt werden, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit, wenn sie über einen längeren Zeitraum in dieser Stadt leben.

2. Kulturelle Integration

Kulturelle Integration ist ein vielschichtiger Prozeß auf psycho-sozialer Ebene. Er schließt Vertrautwerden mit und Aneignung einer oder mehrerer gegebener Kulturen ein: Werte, Normen, Einstellungen verändern sich, ethnische Grenzen schwinden zwischen den Gruppen. Die Ebene der kulturellen Integration ermöglicht ein weites, wirksames Spektrum von Maßnahmen um gegenseitiges Kennenlernen und Annähern zu fördern. Achtung und Respekt vor anderen Glaubenssystemen wird erreicht. Auch hier spielt die gemeinsame Sprache eine wesentliche Rolle. Ereignisse und Objekte, die interkulturelle Beziehungen aufbauen und vertiefen müssen von städtischer Seite verstärkt unterstützt werden, sowohl strukturell als auch finanziell.

3. Soziale Integration

Dieser Prozeß bezieht sich auf die sozialen Kontakte und Gruppenmitgliedschaften des Individuums.

Lebensbereiche wie Kindergarten, Schule, **Arbeitsplatz**, Nachbarschaft sind Orte sozialer Kontakte. Es sind Programme und Projekte zu entwickeln und zu unterstützen, um Konfliktpotentiale im Vorfeld zu entschärfen und Kontakte zu intensivieren. Die Stadt muß Aktivitäten auf diesem Gebiet erhöhen und Wege der Finanzierung (s. „Soziale Stadt“) für sich erschließen.

Es ist auch verstärkt auf die besondere Art der Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten zu achten und das soziale Netzwerk entsprechend zu erweitern.

4. Identifikatorische Integration

Dieser Prozeß beschreibt die subjektiven Gefühle und Definitionen der Zugehörigkeit einer Person zu einer Gemeinschaft.

In Offenbach lebende Menschen können aus unterschiedlichen Ländern abstammen, unterschiedlichen Ethnien angehören, unterschiedliche **Pässe**, Religionen und Hautfarben haben, eines haben sie aber gemeinsam: Sie sind Offenbacher Bürgerinnen und Bürger!

Die Stadt ist aufgefordert sich so zu entwickeln und darzustellen, daß jede Bürgerin und jeder Bürger sich selbstbewußt mit ihr identifiziert. Sie findet die Kraft dazu in der Vielfalt ihrer Menschen und Ethnien, wenn es ihr gelingt, das als Qualität zu begreifen und kreativ für ihren Erfolg einzusetzen.

Agenda-Leitlinie: Soziale Gerechtigkeit

Millionen Menschen in Deutschland, einige tausend in Offenbach, leben unter oder am Rande der Armutsgrenze. Es handelt sich dabei um Menschen in unserer Gesellschaft, welche durch Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug oder durch Niedrigstrenten nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Darunter befinden sich viele Kinder und Jugendliche, die einmal die Zukunft für die Gesellschaft sein sollen. Wenn es nicht gelingt, diese in absehbarer Zeit aus der Isolation zu befreien, ist der innere Frieden in unserem Land in Gefahr. Die hohe Arbeitslosigkeit trägt zum Rückgang des Steuereinkommens bei. Die Kassen von Bund, Ländern und Kommunen sind dementsprechend leer, die Verschuldung ist hoch und der Staat kann seinen sozialpolitischen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Anstatt Reichtum zu besteuern, wird zum Beispiel die Vermögenssteuer abgeschafft und das soziale Netz schrittweise abgebaut.

Diese Umverteilung von unten nach oben findet nicht nur in Deutschland sondern weltweit statt. Die meisten Staaten konkurrieren miteinander um Investitionen des Kapitals im eigenen Land und kommen den Forderungen der Unternehmen nach günstigeren Produktionsbedingungen entgegen, was in Form von Lohn - und Sozialabbau auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Dies fördert die Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Es muß im Zeitalter der Globalisierung, des **Shareholder-Value** und des Sozialabbaus auch Chancen für soziale Gerechtigkeit geben. Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende und Familien, die ein zu geringes Einkommen haben, dürfen in Offenbach nicht vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.

Es gibt in der Stadt bereits einige Angebote wie bspw. durch die "Ökumenische Initiative soziale Not in Offenbach" das Projekt "Essen und Wärme", das in den Wintermonaten täglich viele Bedürftige betreut. Jedoch Almosen sind es nicht, was sich diese Menschen wünschen. Integration in die bestehenden Unterstützungsangebote ist gefragt. Sicher, es gibt bereits verschiedene Angebote, wo die Stadt Offenbach Vergünstigungen für sozial Benachteiligte bereit hält, die jedoch nicht ausreichend sind.

In Offenbach treten die Folgen der oben beschriebenen Entwicklung deutlich zutage. Daher ist es konsequent, daß sich die unterschiedlichsten Kräfte zusammentun, um nachhaltig und offensiv die Interessen der Benachteiligten zu sammeln, zu formulieren und Strategien zu suchen, die es ermöglichen, diesem Personenkreis die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in dieser Stadt auf Dauer zu sichern. Große Teile der von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Offenbach erwirtschafteten Gewinne sollen daher zur Finanzierung von Arbeit und Sozialem eingesetzt werden.

Maßnahmen

- 1) In Offenbach sollte nach dem Vorbild anderer deutscher Kommunen ein **Ermäßigungs-Paß** für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen, der sogenannte „Offenbach Paß“ eingeführt werden.

In diesem sollen Vergünstigungen, etwa der Stadtbücherei, der **Museen**, der VHS sowie bereits bestehende Vergünstigungen des Sozialamtes und weiterer städtischer Einrichtungen zusammengeführt und einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig vom Bezug von staatlichen Hilfen nach festen Einkommensgrenzen zugänglich sein.

Diese Vergünstigungen sollten durch Verhandlungen der Stadt mit privaten Trägern über den städtischen Bereich hinaus erweitert werden (z.B. Schwimmbad **Rosenhöhe**, Kinocenter, Nutzung von Sportanlagen etc.).

Für den „Offenbach Paß“ sollte auch eine Fahrpreismäßigung im ÖPNV angestrebt werden.

- 2) Durch die Stadt ist regelmäßig ein Sozialbericht zu veröffentlichen.
- 3) Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist durch den Ausbau von **Kitas**, Krabbelstuben und Ganztagschulen zu unterstützen und muß für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbar bleiben. In diesem Zusammenhang setzt sich die Stadt auf Landesebene für ein einheitliches, die Kitas umfassendes und gebührenfreies Bildungssystem ein.
- 4) Selbsthilfe und Initiativen im sozialen Bereich sollten ausgebaut und weiterhin von der Stadt finanziell und durch die Bereitstellung von Räumen unterstützt werden.
- 5) Im Bereich der Sozialhilfe ist, solange der Stadt hier im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes ein Spielraum verbleibt, von einer Pauschalisierung im Mietbereich abzusehen und von einer Bedarfsdeckung auszugehen.
- 6) Modelle zur Eingliederung benachteiligter Menschen auf dem Arbeitsmarkt sind im Sinne der Maßnahmen des Leitbildes Arbeit weiter zu unterstützen und auszubauen.
- 7) Das Gleiche gilt für Maßnahmen der Integration im Sinne des entsprechenden Leitbildes.
- 8) In den nächsten Jahren muß besonderer Wert auf die Unterstützung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger durch den Ausbau sozialer Angebote (z.B. für ältere Migrantinnen und Migranten) und Erprobung neuer Ansätze wie z.B. die Unterstützung von betreuten Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenprojekten als Ergänzung zu den bisherigen Wohn- und Pflegeeinrichtungen gelegt werden. Ziel muß hier sein, als älterer Mensch so lange wie möglich selbstbestimmt im eigenen Wohnumfeld leben zu können.
- 9) Wohnraum sollte in ausreichender Menge und Qualität für sozial Schwächere vorhanden sein. Dazu muß städtisches Wohneigentum erhalten bleiben und sozialen Wohnprojekten ein günstiger Baupreis durch die Vergabe kommunaler Grundstücke in Erbpacht ermöglicht werden.
- 10) Im Bereich der Stadtentwicklung sind Maßnahmen im Sinne des Programms „Soziale Stadt“ weiterzuführen und auszubauen. Der Bereich „Soziales“ soll hierbei sowohl in der Planung als auch bei der Verteilung zusätzlicher Ressourcen (Personal, Finanzmittel) stärkeres Gewicht erhalten.
- 11) Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind in den nächsten Jahren weiter auszubauen. Dazu sollte das Angebot in die Stadtteile hinein erweitert werden, z.B. durch zunächst zeitweise geöffnete **Jugendtreffs**, Jugendcafes, Mitternachtssport u.ä. Hier sind insbesondere auch Initiativen vor Ort und der Jugendlichen selbst zu unterstützen.
- 12) Ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern im Sozialbereich muß von der Stadt intensiv z.B. durch Weiterbildungsangebote, zur Verfügung stellen von Räumen, Beratung, finanzielle Hilfen unterstützt werden.
- 13) Präventive Beratungseinrichtungen, wie z.B. die Schuldnerberatung müssen erhalten und weiter ausgebaut werden.
- 14) Den Bedürfnissen von Menschen, die in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, muß durch bauliche Maßnahmen im öffentlichen Bereich und Festlegung in Bebauungsplänen Vorrang eingeräumt werden.
- 15) Am Beispiel erfolgreicher Projekte anderer deutscher Kommunen soll ein spezielles Mediations- und Integrationsprojekt zur Förderung des Zusammenlebens mit den in Offenbach ansässigen Sinti und **Roma** aufgebaut werden.
- 16) Um bei kommunalpolitisch signifikanten Problemen im sozialen Bereich eine einvernehmliche Lösung zu erreichen, wird der von der Lokalen Agenda 21 eingerichtete Sozialtisch einen Dialog aller Beteiligten anstreben.

Weitere Maßnahmen im Bereich Soziales enthalten die hier nicht ausdrücklich erwähnten anderen Leitlinien der Lokalen Agenda 21 Offenbach.

Agenda-Leitlinie: Arbeit

Gleiche Chancen aller Bevölkerungsgruppen beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit, die Förderung von Beschäftigung und Integration benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt sowie die Anerkennung gesellschaftlicher Arbeit außerhalb der traditionellen Sphäre der Erwerbsarbeit (z.B. **Kindererziehung**), sind Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Partizipation an den Ressourcen einer Gesellschaft und damit für eine nachhaltige soziale Entwicklung. Beschäftigung und Integration auf dem Arbeitsmarkt dürfen aber kein Selbstzweck sein, sondern setzen menschenwürdige Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung und ein lebenssicherndes Einkommen voraus. Die Kommune als direkter Lebens- und Wirtschaftsstandort ist hier ebenso in der Verantwortung wie staatliche und gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure.

Bestandsaufnahme

Offenbach befindet sich in einer der wirtschaftsstärksten Regionen (Rhein-Main) in der Bundesrepublik, woraus sich viele Chancen und Möglichkeiten im Bereich Arbeit ergeben. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch ein großes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen aus.

Auf der anderen Seite steigen jedoch Qualifikations- und Leistungsanforderungen in diesem vor allem durch Dienstleistung geprägten Beschäftigungssektor, so daß viele Menschen aus benachteiligten Gruppen diesen nicht mehr gewachsen sind, und ihnen trotz guten Angebots der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt bleibt. Die Gründe hierfür sind vielfältig, wie etwa Sprachprobleme, fehlende Schulabschlüsse, Kindererziehung, veraltetes berufliches Wissen und vieles mehr. Gleichzeitig ist auch ein prozentuales Anwachsen sozial ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse sowohl in den unteren Einkommensgruppen („Dienstleistungsproletariat“) als auch in den oberen Gruppen gerade in der sogenannten „**new economy**“ zu beobachten. Soziale Sicherung eines Arbeitsplatzes umfaßt dabei nicht nur Fragen des Einkommens, sondern z.B. auch Arbeitszeiten, Kündigungsschutz, Arbeitsumfeld, Weiterbildung. Besonders betroffen von Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt sind auch im Rhein-Main Gebiet Migrantinnen und Migranten, Menschen ohne Schulabschluß, Frauen mit Kindern, Menschen mit Behinderungen sowie ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hinzu kommt **längerfristig** mit zunehmender Technisierung, Rationalisierung und Steigerung der Arbeitsproduktivität das Problem der sich öffnenden Schere zwischen Wachstum und Beschäftigung. Zunehmender gesellschaftlicher Reichtum wird mit immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern produziert und eine Teilhabe am Bruttosozialprodukt kann nicht mehr nur über traditionelle **Erwerbsarbeitsverhältnisse** erfolgen. Andere Formen gesellschaftlich nützlicher Arbeit (z.B. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen u.ä.) sind bisher noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Offenbach konnte hier seine Lage innerhalb des Rhein-Main Gebietes in den letzten Jahren zwar verbessern, steht aber auf Grund des besonderen Strukturwandels vom traditionellen Industrie- und Gewerbestandort zur Integration in eine Dienstleistungsregion und einem großen Anteil benachteiligter Gruppen an seiner Bevölkerung weiterhin vor besonderen Herausforderungen im Bereich Arbeit.

Die Stadt Offenbach verpflichtet sich daher

- ☉ die Integration benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere Jugendliche, Immigrantinnen und Immigranten, Frauen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Schulabschluß oder Ausbildung aktiv zu fördern
- ☉ die Möglichkeit lebenslangen Lernens und gleicher Chancen beim Zugang zu Bildung zu unterstützen

- ④ die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv zu fördern
- ④ eine Wirtschaftsförderung zu betreiben, die eine Integration benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt ausreichend berücksichtigt und auf die Einhaltung sozialer Rechte achtet
- ④ die Anerkennung gesellschaftlicher Arbeit außerhalb der traditionellen Sphäre der Erwerbsarbeit, etwa Kindererziehung und ehrenamtliche Arbeit, zu unterstützen.

Maßnahmen

Zur Verwirklichung dieser Leitlinie wird Offenbach daher folgende Maßnahmen prüfen und möglichst rasch umsetzen:

- 1) die dauerhafte Einrichtung eines Arbeitsförderungsprojektes zur Eingliederung von Immigrantinnen und Immigranten auf dem Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Projektes „Via Integra“
- 2) die dauerhafte Gewährleistung eines kostengünstigen Angebotes von Deutschkursen und Kursen zur beruflichen Weiterbildung besonders für benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt an der Volkshochschule Offenbach
- 3) die dauerhafte Sicherung der Beratungsstelle zur beruflichen Weiterbildung und der Angebote zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen (VHS, Abendschule, Hessenkolleg) in Offenbach
- 4) die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Sozialamt und Arbeitsamt u.a. durch die Einrichtung einer gemeinsamen Beratungs- und Vermittlungsstelle zur Integration benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt
- 5) die verlässliche und langfristige Unterstützung von Offenbacher Initiativen, Selbsthilfegruppen, Bildungsträgern, Projekten des 2.Arbeitsmarktes und Beschäftigungsgesellschaften, die sich besonders um die Integration benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt bemühen
- 6) die Einrichtung einer regelmäßigen lokalen Arbeitsmarktkonferenz mit allen in Offenbach tätigen Akteurinnen und Akteuren im Bereich Arbeit
- 7) die besondere Unterstützung und Einrichtung von Projekten, die geeignet sind, die Benachteiligung von Mädchen und von Frauen mit Kindern aufzuheben
- 8) die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Hilfe einer Verbesserung des Angebotes von Kinderbetreuungseinrichtungen durch verbesserte Öffnungszeiten, Ausbau von Krippen- und Hortplätzen, Angebot an Ganztagschulen, aber auch Erprobung von **neuartigen** Angeboten wie betreute Spielplätze, „Alt hilft Jung“ u.ä. zu sozialverträglichen Kosten
- 9) bei Maßnahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung künftig gezielt Betriebe zu bevorzugen, die ausbilden, soziale Rechte einhalten und die sich besonders um die Integration benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemühen
- 10) die Förderung der Motivation ansässiger Betriebe zu einer Betriebspolitik im Sinne der o.g. Kriterien durch gezielte Beratung seitens der Stadtverwaltung
- 11) im Bereich der Stadtverwaltung und der öffentlichen Betriebe vorbildhaft soziale Kriterien im Sinne dieser Leitlinie zu verwirklichen, wie etwa die bevorzugte Berücksichtigung von benachteiligten Gruppen bei der Einstellung ggf. unter eigenen Bemühungen der Nachqualifizierung (z.B. ausbildungsbegleitende Hilfen - ABH), mindestens Einhaltung der gesetzlichen Quote bei der Beschäftigung behinderter Menschen, Verwirklichung von Modellen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bereitstellung von Ausbildungsplätzen u.ä.
- 12) ehrenamtliche Arbeit anzuerkennen und durch finanzielle Unterstützung zu fördern (dazu gehört etwa die Schaffung einer „Ehrenamtlichen-Card“ mit Vergünstigungen in der Stadt, Ersatz von Auslagen und besonderen Aufwendungen)
- 13) aktiv bei den zuständigen gesellschaftlichen und politischen Akteurinnen und Akteuren für eine Gleichstellung von Kindererziehung und Hausarbeit (z.B. im **Steuer-/Renten-/** Sozialrecht) einzutreten.

Agenda-Leitlinie: Bildung

Das Lernen soll wieder attraktiv werden !

Wie sieht die Bildungslandschaft in Offenbach aus ?

- Eine Bestandsaufnahme -

Gewiss sind die Kindergärten, Schulen oder Jugendzentren Offenbachs im Ganzen nicht schlechter als anderswo. Indessen fehlt es an einem öffentlichen Klima des Willens zur Verbesserung in dem Maße, daß das Lernen in den Einrichtungen dieser Stadt Freude macht, Interessen weckt und die Begabungen entfaltet. Denn Bildung darf nicht nur auf die aktuell notwendigen Berufsqualifikationen eingeengt gesehen werden, sondern sie ist in weitem Sinne Menschenbildung, d.h. alle Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen sind allseitig zu fördern.

Es gibt hierzu eine Reihe von Ansätzen in der Gestaltung der Kindergärten, in der Profilierung der Schulen und der Anziehungskraft von Jugendzentren. Diese müssen unterstützt, gefördert und vorbildlich werden.

Die Stadt Offenbach hat offensichtlich soziale Schwächen und stöhnt unter der bisher 10 Jahre anhaltenden Haushaltssanierung: u.a. wurden Jugendzentren und Schwimmbäder geschlossen. Es gibt hier unübersehbar viele Jugendliche ohne Perspektive. Die Sozialarbeit, insbesondere an den Schulen, leidet unter Personalmangel. Unter diesen denkbar schlechten Rahmenbedingungen, man denke unter anderem nur an die vielen sanierungsbedürftigen Schulgebäude, gilt es auf allen Ebenen anzupacken.

Elternvertretungen, Personalräte, Gewerkschaften, Schulaufsicht, Jugendamt oder Magistrat - ihnen allen ist nicht das Bemühen abzusprechen; aber sie alle arbeiten in ihrem Sektor, ohne daß eine umfassende Verständigung für ein gemeinsames Handeln stattfände.

Hier sieht die Lokale Agenda die Möglichkeiten eines Anschubs: über den bloßen Appell für eine Verbesserung der Offenbacher Bildungslandschaft hinausgehend soll sie sich zum Ziel setzen, den Verantwortlichen den Weg zu einem konstruktiven Zusammenwirken für eine bessere Zukunft der Bildungseinrichtungen dieser Stadt zu ebnen.

Über die Notwendigkeit für eine solche Initiative muß sicher nicht debattiert werden: das Bildungswesen scheint auf allen Ebenen den Anschluß an die gesellschaftliche Entwicklung hinsichtlich der Verfügung über soziale Kompetenzen, Grundqualifikationen, Beweglichkeit usw. zu verlieren, ohne daß eine Trendwende in Sicht wäre.

Im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen, und damit im Interesse der Zukunft aller Menschen dieser Stadt, brauchen wir einen Aufbruch !

Welche Grundsätze führen zur Veränderung ?

- ④ Das Bildungswesen benötigt nach jahrzehntelanger Benachteiligung einen Spitzenplatz in der Kommunalpolitik. Ganz sicher sind Stadtplanung und Wirtschaftsförderung, die bisherigen Spitzenreiter in der hiesigen Dringlichkeitsliste, bedeutende Faktoren, für die viel getan werden mußte. Jetzt aber ist es Zeit für den Spitzenplatz für Bildung und Erziehung.
- ④ Die Kinder- und Jugendeinrichtungen werden immer noch, und zwar mit guten Argumenten, als Schonräume innerhalb einer verwirrenden und kinderunfreundlichen Gesellschaft verstanden. Darin liegt aber die Tendenz der Isolation von der Wirklichkeit, in die hinein erzogen und gebildet werden muß. Die Konzepte der Kindertagesstätten und Jugendzentren wie auch die Schulprogramme sind gezielt für die soziale, wirtschaftliche und politische Realität der Stadt und des Landes zu öffnen.
- ④ Die Einrichtungen sollen sich am Ausgleich sozialer Benachteiligung orientieren. Dies beginnt mit „interkultureller Erziehung“ in Kindergärten, die bewußt an der sprachlichen Förderung (Deutsch) der Kinder arbeitet. Daneben müssen die unterschiedlichen religiösen, rituellen und alltäglichen Kulturmuster anderer Nationalitäten gleichberechtigt zur Geltung kommen, um

vorurteilsfreies Kommunizieren zu ermöglichen. Dieses gilt analog in den Jugendzentren und in den Schulen.

- ④ Für alle Arten von Einrichtungen sollte der Aufbau und die Förderung zeitgemäßer Fähigkeiten von größter Bedeutung sein. Unter anderem hat der Verfall von Lerninteresse, aber auch von Mitmenschlichkeit damit zu tun, dass viele tradierte Lernformen gepflegt werden, die nicht mehr in unsere Zeit passen. Die Entfaltung von Kreativität, Vielseitigkeit, Bereitschaft zu gleichberechtigter Zusammenarbeit, Neugierde an Unbekanntem usw. dürfen nicht mehr vereinzelte Bestrebungen von Erzieherinnen und Lehrkräften **sein**, sondern sollen allgemeine Lernziele werden.
- ④ Unter der Voraussetzung dieser Neuorientierungen, die zum großen Teil nicht sehr kostenaufwendig sind, sondern auf Weiterbildungsmaßnahmen aufbauen können, werden sich die Rahmenbedingungen des **Erziehens** und Lernens wesentlich verbessern. Die Einrichtungen gewinnen dann den Charakter von „Lebensräumen“: sie sind attraktiv wegen ihres freundlichen Klimas und ihres vielseitigen Angebots. Kinder und Jugendliche erfahren nicht mehr die herkömmliche Anstaltsatmosphäre - heute noch weit mehr in Schulen als in den Kindertagesstätten vorhanden - und ihren unerfreulichen Sub- und Gegenkulturen in Gestalt von Gewalttätigkeit, Drogenmißbrauch usw. Vielmehr entfalten die Einrichtungen einen attraktiven **Charakter**, der gegenüber der kommerziellen Kinder- und Jugendkultur überlegen sein wird.
- ④ Ergänzend zu den **Erziehungs-** und Bildungseinrichtungen haben die Eltern verstärkt Verantwortung für die soziale Erziehung zu tragen bzw. zu übernehmen.

Welche Maßnahmen sind vordringlich ?

- 1) Der Sanierungs- und Erweiterungsbedarf vieler Schulgebäude ist noch lange nicht **abgedeckt**, ganz abgesehen davon, daß modernes Lernen neue Raumkonzepte erfordert. Auch für dauerhafte Problemzonen wie Toiletten müssen endlich befriedigende Lösungen gefunden werden. Die Stadt wird nicht darum herumkommen, im Bereich der Schulen weit mehr zu investieren als bisher vorgesehen.
- 2) Die Stadt Offenbach mit ihren sozialen **Problembereichen** benötigt eine Ganztagschule. Daneben ist das Angebot an Hortplätzen zu erweitern.
- 3) Seit langem ist die einzige Integrierte Gesamtschule überlaufen. Es fehlt eine zweite Integrierte Gesamtschule.
- 4) Die Ausstattung der Kindertagesstätten und Schulen ist im EDV-Sektor wesentlich zu erweitern.
- 5) Es werden deutlich mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Schulen Offenbachs benötigt. Daneben ist zu prüfen, inwieweit in den Kindergärten die frühe Erkennung von sozialen Benachteiligungen institutionalisiert werden kann.
- 6) Die Volkshochschule ist durch anspruchsvollere Angebote aufzuwerten und stärker mit den anderen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu verbinden.
- 7) Die Stadt Offenbach unterstützt Maßnahmen und Projekte, die die soziale Kompetenz von Eltern, Erzieherinnen und Lehrkräften fördern.
- 8) Es bedarf einer **Initiative**, die alle Einrichtungen zu dem Zwecke vernetzt, Innovationen im hier vorgetragenen Sinne auf den Weg zu bringen.
- 9) Eine wichtiger Schritt hierfür wäre die Erweiterung des Magistrats um eine/n hauptamtliche/n Bildungsdezernentin bzw. -dezernenten .

Agenda-Leitlinie: Nachhaltiges Wirtschaften

Standpunkt

Trotz des relativen Wohlstands in vielen Ländern mit marktwirtschaftlicher Orientierung wächst das Unbehagen an der herrschenden Wirtschaftsordnung.

Es besteht die Gefahr, daß die Marktökonomien sich von den sozialen Lebenswelten der Menschen und von der natürlichen Umwelt abkoppeln und Mensch und Natur lediglich als Ressource auf dem Weg zur Profitmaximierung dienen.

Wenn wir die Entwicklung der sich ausbreitenden Verarmung und Naturzerstörung nicht akzeptieren wollen, müssen wir eine zukunftsfähige ökonomische Haltung entwickeln. Eine Haltung, die auch die Bedürfnisse der bzw. des jeweils Anderen in ihre Sorge einbezieht.

Für die Zukunftsfähigkeit ist die Einbindung der Ökonomie an die soziale Lebenswelt und die natürliche Mitwelt nötig.

Nur eine Ökonomie der weitsichtigen Vorsorge für ökologische und soziale Prozesse über die eigenen Grenzen hinaus ist leistungsfähig genug, sich als zukunftsweisend für die Weltgemeinschaft zu bewähren.

Vor Ort

Die gegenwärtige ökologische, soziale und ökonomische Haltung ist nicht naturgegeben und kann auf unterschiedlichen Ebenen hinterfragt und korrigiert werden. Auch auf kommunaler Ebene finden sich Mittel und Wege, Werte und Leistungsvorstellungen auf Zukunftsfähigkeit hin zu überprüfen.

Eine entsprechende Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung für alle an der Wirtschaft Beteiligten könnte von Institutionen im kommunalen Einflussbereich übernommen werden. Projekte, Richtlinien und Kontrollverfahren, die sozial und ökologisch vorsorgendes Handeln zur Bedingung machen, unterstützen oder auch honorieren, können verstärkt entwickelt und etabliert werden. Standortqualitäten und Niederlassungskriterien für Unternehmen können unter dem Gesichtspunkt einer vorsorgenden Ökonomie definiert werden.

Offenbach befindet sich seit einigen Jahren in einem strukturellen und ökonomischen Wandel: Als traditionelle Industrie- und Arbeiterstadt steht sie ganz besonders vor der Herausforderung und den Problemen, aber auch Chancen, einer Entwicklung des Rhein-Main-Gebietes zu einer Dienstleistungsregion. In diesem Wandel kann Offenbach verstärkt die Kriterien eines nachhaltigen **Wirtschaftens** beachten. Unsere Stadt hat mehr als viele andere Städte diese Chance, Krise und Wandel für eine neue nachhaltig ökonomische Zukunft zu nutzen.

Maßnahmen

- 1) Die Stadt Offenbach richtet im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderung in Kooperation mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften ein Informationsforum für Offenbacher Unternehmen ein. Darin sollte über aktuelle Entwicklungen und Forschungsergebnisse, Aus- und Fortbildung, Fördermöglichkeiten, neue Ideen und Ideenbörsen, Erfahrungsberichte aus anderen Unternehmen, praktische Umsetzungsverfahren für die Unternehmen, Austausch von Wissen sowie Expertinnen und Experten zwischen den Unternehmen, Expertenadressen, Prüfverfahren und Prüfsiegel im Bereich ökologischer und sozialer Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens informiert werden.
- 2) Zur Verbreitung, Diskussion und Umsetzung dieser Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens lädt die Stadt in einem weiteren Schritt Offenbacher Unternehmen zu einem regelmäßig stattfindenden runden Tisch zum Thema „Nachhaltiges Wirtschaften in der Stadt“ ein.

- 3) Die Offenbacher Wirtschaftstreibenden sind aufgefordert, ihr wirtschaftliches Handeln zu überprüfen (z.B. **Ökoeffizienzanalyse** oder Öko-Audit, **Sozial-Audit**, Zertifizierungen nach **DIN**, ISO, nachhaltige Produktsiegel) und im Sinne der Nachhaltigkeit darauf zu achten, daß ihre lokalen, regionalen und unter Umständen auch globalen Tätigkeiten nicht zu Lasten anderer gehen (z.B. keine Kinderarbeit, soziale Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Einsatz ökologisch unbedenklicher Produkte). Dazu sollen ihnen das Informationsforum und der runde Tisch aktive Hilfe und Unterstützung bieten.
- 4) Für die Neuansiedlung von Unternehmen legt die Stadt Offenbach bei der Vergabe von Grundstücken, der Bauleitplanung und der sonstigen Förderung die Kriterien nachhaltigen **Wirtschaftens** mit zu Grunde. Investorinnen und Investoren sowie Unternehmen, die Kriterien der Nachhaltigkeit aktiv zur Grundlage ihres wirtschaftlichen Handelns gemacht haben, werden bevorzugt. Dazu erstellt die Stadt einen Bewertungskodex.
- 5) Im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderung orientiert sich die Stadt an dem Bewertungskodex für nachhaltiges Wirtschaften und bezieht dieses aktiv in ihre Öffentlichkeitsarbeit und ihr Marketing für den Wirtschaftsstandort Offenbach mit ein.
- 6) Es ist insbesondere bei der Neuansiedlung von Betrieben auf gegenseitige Synergieeffekte zur Schonung von Ressourcen und Verwirklichung sozialer Ansätze wie z.B. die gemeinsame Wiederverwertung von Abfall- und Reststoffen, gemeinsame Nutzung von Transportsystemen und Verkehrsflächen bzw. Lagerhallen, gemeinsame Einrichtung von Betriebskindergärten u.ä. zu achten.
- 7) Die Stadt fördert künftig besonders Unternehmen, die regionale und lokale Kreisläufe stärken.
- 8) Bei der Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen der Stadt Offenbach werden unter Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten, Kriterien ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit mit einbezogen und Unternehmen bevorzugt, die diese Kriterien einhalten.
- 9) Die Offenbacher Unternehmen sollen sich weiterhin aktiv für ihr Lebensumfeld in der Stadt engagieren. Beispielsweise durch Sponsoring von Projekten, die dieses Lebensumfeld nachhaltig verbessern (z.B. Bäume für Offenbach) und den Einsatz betriebsinterner Leistungen, wie z.B. die Begrünung von Betriebsgelände, die Kooperation mit **Schulen**, die Öffnung von Betriebssportgruppen, die Beteiligung an Festen u.ä.
- 10) Es wäre zu begrüßen, wenn zur Förderung sozialer Verantwortung und Kompetenz die Offenbacher Unternehmen **„social days“** für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also die temporäre Mitarbeit im Sozialbereich ermöglichen. Die Stadt Offenbach wird diese Möglichkeit durch die Öffnung ihrer Sozialeinrichtungen für diese „social days“ und eine entsprechende Betreuung der Unternehmensmitarbeiterinnen und -mitarbeiter unterstützen.
- 11) Offenbacher Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber unterstützen Zeitwohlstand und Familienfreundlichkeit der Gesellschaft durch den Abbau von Überstunden, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und die Verwirklichung des Anspruchs auf Teilzeitarbeit.
- 12) Die Ämter und Betriebe in kommunalem Besitz führen vorbildlich für die Privatwirtschaft die genannten Zertifizierungen im Umweltbereich (v.a. Öko-Audit) und Sozialbereich (z.B. Produktsiegel, Familienfreundlichkeit) durch. Dazu wird durch den Magistrat ein Bericht über die derzeit bekannten Verfahren erstellt und durch diesen die Durchführung veranlaßt bzw. mit den privatwirtschaftlich organisierten kommunalen Betrieben verhandelt.
- 13) Für den Bereich nachhaltiger Wirtschaft sind auch die Maßnahmen aus anderen Leitlinien, insbesondere Arbeit, Konsum, Klimaschutz, Soziales, Globales, Verkehr von großer Bedeutung.

Agenda-Leitlinie: Offenbachs globale Verantwortung

Wer entwickelt Wen ?

Globale Chancengleichheit, Frieden und Gerechtigkeit sind wichtigste Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung in allen Ländern der Erde.

Eine Bestandsaufnahme

Die Stadt Offenbach und die Offenbacher Unternehmen stehen in engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Städten und Industrieländern des Nordens. Hier findet ein Wettbewerb und Austausch statt, der meist von gleichen Ausgangschancen und -bedingungen bestimmt ist. Es bestehen in diesem Zusammenhang zahlreiche Städtepartnerschaften und Handelskontakte. Anders sieht es mit den Beziehungen zu den unterentwickelten Ländern des Südens aus. Hier ist der Austausch meist durch ein deutliches Ungleichgewicht gekennzeichnet. Die Länder des Nordens profitieren einseitig von den Ländern des Südens und tragen dabei noch zu einer Verschärfung der Lage in diesen Ländern bei. Diese ist gekennzeichnet durch fehlende soziale Chancen und soziale Ungerechtigkeit, ökologische Zerstörung, extreme wirtschaftliche Ungleichheit und Ausbeutung, oft auch fehlenden Zugang zu sauberem Wasser und tägliche Nahrungsunsicherheit sowie eine massive Einschränkung der Menschenrechte.

Positive Ansätze, diese Ungleichheiten in den Beziehungen zu den Ländern des Südens zu thematisieren und zu verändern, gibt es in Offenbach bisher durch die Städtepartnerschaft mit Rivas in Nicaragua und die Arbeit einiger gesellschaftlicher Initiativen wie z.B. den **Allerweltladen** in Bürgel.

Dies ist jedoch noch sehr wenig im Vergleich zum bestehenden strukturellen Ungleichgewicht im Verhalten zu diesen Ländern.

Obwohl Offenbach bekanntermaßen nicht gerade zu den wohlhabenden Städten der Region gehört, ist sie Teil eines der reichsten Länder der Welt und damit partizipieren wir alle von einem überaus hohen Lebensstandard. Leider wird schon seit langem nicht mehr danach gefragt, woher der eigentlich kommt.

Gewiß wird hier wie anderswo in Deutschland zum großen Teil noch qualifiziert und diszipliniert gearbeitet - aber da sind wir nicht die Einzigen, denn Leistung wird weltweit gebracht. Sie wird nur sehr unterschiedlich bezahlt. Unter härtesten Bedingungen arbeiten zum Beispiel in der Textilindustrie der steuerfreien Zonen Nicaraguas Frauen für knapp 5 Mark pro Tag an modischer Jeansbekleidung, die wir hier dann tatsächlich billig kaufen. Bei Rohstoffen ist es nicht anders: jemand hat ausgerechnet, daß das Pfund Kaffee DM 60,- kosten müßte, wenn die campesinos einen europäischen Arbeitslohn erhielten! Und kostet nicht am Urlaub im Süden der Flug am meisten - für welchen Lohn arbeiten die Marokkanerinnen und Marokkaner im Hotel?

Es ist die eigentlich ganz alte Geschichte, denn Reichtum gibt es immer nur auf dem Rücken der Armen. Unser Reichtum ist die Armut der "Dritten Welt".

Die globale Verantwortung Offenbachs hat insofern grundsätzlich zwei Seiten:

Erstens benötigen wir zweifellos eine enge Interaktion mit den fortschrittlichen Produktivkräften, mit den neuen Technologien und ihren Standorten im 21. Jahrhundert. Dafür müssen in Offenbach nicht offene Türen eingerrannt werden.

Zweitens benötigen wir - und auch das ist eine Zukunftsinvestition - im Blick auf die Millionen Notleidenden im globalen Maßstab ein soziales Gewissen mit den entsprechenden Konsequenzen. Globalisierung darf nicht nur den schnellstmöglichen weltweiten Austausch von Gütern, Dienstleistungen und vor allem Geld bedeuten. Globalisierung muß vor allem Menschen verbinden und die Solidarität der Völker fördern, damit es künftigen Generationen, die weit zahlreicher sein werden als die heutigen, ermöglicht wird, ein menschenwürdiges Leben in einer intakten Umwelt zu leben.

Die Stadt Offenbach, gemeint sind die Menschen in dieser Stadt und besonders die politisch Verantwortlichen können in global verantwortlicher Weise argumentieren und agieren. Sie können in

Organisationen und Parteien hinein wirken, sie können Hilfsorganisationen unterstützen, Informationen sammeln und veröffentlichen. Sie können aber vor allem Sensibilität und Bewußtsein für Menschen und deren Umwelt schaffen helfen.

Welche Grundsätze führen zur Veränderung?

- 1) Kurzfristige und einseitig auf Industrieländer gerichtete **Opportunität** wird keine Konsolidierung der wirtschaftlichen Interessen Offenbachs bewirken. Japan, Frankreich, die Niederlande usw. sind heute wichtige Bezugsländer, aber die Länder Südostasiens, Mittel- und Südamerikas werden langfristig als Handelspartner von wachsender Bedeutung sein. Sie sind nicht weiterhin als Lieferanten billigster Rohstoffe und Arbeitskraft zu verstehen, sondern als gleichwertige Partner im wirtschaftlichen Austausch. Dies ist zunächst eine Frage des ökonomischen Kalküls.
- 2) Im nächsten Schritt ist es aber auch eine Frage der sozialen **Gerechtigkeit**, denn wir können den verfassungsgemäßen Anspruch auf Menschenwürde im globalen Maßstab nicht nur für uns in Anspruch nehmen. Daher sind die politischen und wirtschaftlichen Institutionen aufgerufen, ihr Engagement in der "Dritten Welt" aus humanitären Motiven signifikant zu verstärken. Ausdrücklich gilt das auch für den lokalen Sektor. Die Verantwortung darf keinesfalls auf Landes- oder Bundesebene abgeschoben werden.
- 3) Eine der Konsequenzen dieses Prozesses einer wirtschaftlichen und politischen Akzentuierung neuer Aktionsfelder sollte oder besser: müßte eine erhöhte Sensibilität für die sehr unterschiedlichen Probleme der Globalisierung sein. Die Erklärungen und Standortbestimmungen der einflußreichen Instanzen müssen sich inhaltlich stärker auf die internationalen Belange beziehen, und zwar sowohl auf die Industrie- und Dienstleistungssektoren der entwickelten Länder als auch auf die Potentiale von Produktion und Konsumtion der "**Entwicklungsländer**".
- 4) Damit werden auch die verschiedenen Print- und elektronischen Medien eine Akzentverschiebung mitvollziehen müssen. Denn der entscheidende Wandel, dessen Notwendigkeit hier analysiert wird, kann nur dann dauerhaft und nachhaltig Veränderungen hervorbringen, wenn das Bewußtsein der Menschen diesen Wandel trägt.
- 5) Impulse zu einer Erweiterung des Denkens müssen immer konkret sein. Am Beispiel der realen Aktionen, die im Rahmen der Partnerschaft zwischen Offenbach und Rivas stattfinden, um das wirtschaftliche Leben dort in kleinem Maße anzukurbeln (Computer, Fahrräder, Nähmaschinen usw.), kann zunächst erfahren werden, was heute zu tun ist. Spätere Weiterentwicklungen in Produktion, Import und Export sind darin angelegt. Das gleiche gilt etwa auch für Eine Welt Läden und andere Nord-Süd-Initiativen, die fairen Handel praktisch erfahrbar anwenden.
- 6) Es ist von besonderer Wichtigkeit, Netzwerke auf kommunaler, Länder- und staatlicher Ebene zu bilden, die nationale und internationale Informationen über Investitionstätigkeiten **großer** Unternehmen und Konzerne austauschen, um so ein Ausspielen insbesondere von Kommunen gegeneinander vermeiden zu helfen. Gewerkschaftliche und Nichtstaatliche Organisationen müssen hier gleichberechtigt eingebunden werden. Städte, Länder und Staaten, die um die für Kapitalinteressen günstigsten Bedingungen konkurrieren setzen eine fatale, irgendwann un-aufhaltbare Abwärtsspirale der Solidarstandards in Gang.

Welche Maßnahmen sind vordringlich?

- 1) Die Tatsache, daß Migrantinnen und Migranten ein Drittel der Offenbacher Bevölkerung ausmachen, ist ein bedeutendes Potential für die Entwicklung wechselseitiger Wirtschafts- und Sozialbeziehungen. Auch die bisherige Praxis der Städtepartnerschaften ist neu auszubauen, indem aus Freundschaften wirtschaftlich und sozial echte Partnerschaften gebildet werden. Offenbach stellt sich seiner globalen Verantwortung. Initiativen auf diesem Gebiet werden deshalb aktiv gefördert. Dies gilt z.B. für eine dauerhafte Unterstützung der Städtepartnerschaft mit Nicaragua und des Städtepartnerschaftsvereins Para Nicaragua, die Einrichtung weiterer Partnerschaften mit Städten des Südens, die Unterstützung von **Eine-Welt-Initiativen** wie den **Alterweltladen** in Bürgel, Städtepartnerschaften, Unternehmensaustausch und anderer Initiativen

im Bereich der Nord-Süd Zusammenarbeit. Eine Unterstützung sollte hier finanziell, organisatorisch (z.B. durch die Bereitstellung von Räumen) als auch durch öffentlichkeitswirksame Aktionen der Stadt z.B. in ihren Publikationen oder die Verwendung fair gehandelter Produkte in ihren Einrichtungen stattfinden.

- 2) Bisher gibt es Ansätze von interkulturellem Zusammenleben wie z.B. Ausländerbeirat, Woche des ausländischen Mitbürgers, Interkulturelle Woche, Leitstelle für Zusammenleben in Offenbach etc. Es wäre wünschenswert und realistisch, diese Ansätze auszubauen und dadurch zur Normalität zu machen. Die integrative Normalität besteht ohnehin schon in Betrieben, Schulen, Kirchen usw., sie sollte auch auf der öffentlichen Ebene weiterentwickelt werden, indem z.B. jedes Fest als eine interkulturelle Veranstaltung organisiert wird.
- 3) In den städtischen Organen gibt es vereinzelt nicht-deutsche Angestellte. Dies sollte dadurch überwunden werden, daß die statistischen Proportionen der Bevölkerungsanteile sich in allen städtischen Institutionen (z.B. Verwaltung, Beiräte, Parlament) widerspiegeln.
- 4) Die in Offenbach ansässigen Unternehmen sollten durch Information und Beratung motiviert werden, ihre Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis von Handelsgerechtigkeit, Nachhaltigkeit (ökologische und soziale Kriterien) und Frieden zu gestalten. Dies bedeutet insbesondere Produkte zu bevorzugen, die anerkannte Gütesiegel mit ökologischen und sozialen Kriterien verwenden (z.B. Rugmark, FSC, Blumensiegel etc.).
- 5) Die Stadt Offenbach unterstützt Betriebe im Rahmen der Wirtschaftsförderung, die obige Kriterien erfüllen. Im Rahmen ihres Beschaffungswesens orientiert sich die Stadt ebenfalls an diesen Kriterien.
- 6) Die Stadt Offenbach soll städtische Flächen zur Sammlung von Altkleidern nur solchen Initiativen zur Verfügung stellen, die die gesammelten Produkte direkt den Bedürftigen zur Verfügung stellen oder in finanzielle Hilfe umsetzen. Ein Direktexport auf dem Markt in die Länder des Südens sollte ausgeschlossen werden, um die dortige **Textilproduktion** nicht zu zerstören.
- 7) Stadt und Unternehmen sollen regelmäßig analog einer Umweltberichterstattung eine Nord-Süd-Bilanz erstellen, mit der sie die Öffentlichkeit auf Fortschritte in diesem Bereich **hinweisen**, für sich werben und Defizite erkennen können. Hier sollte auch über die Einführung eines Nord-Süd Preises zur Honorierung besonderen Engagements in diesem Bereich nachgedacht werden.
- 8) Zur Förderung der globalen Nachhaltigkeit und Finanzierung der genannten Maßnahmen sollen Mittel aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt werden, und zwar mindestens in Höhe der jeweiligen Empfehlung der UNO zur Entwicklungszusammenarbeit (**2001: 0,7 % des BSP**).

In der Folge dieser wünschenswerten Veränderungen ist ein Prozeß gegenseitigen Respekts und der Verminderung von Vorurteilen zu erwarten. Die politisch Verantwortlichen und die ganze Gesellschaft werden, wenn sie diese Prozesse grundsätzlich fördern, durch Konfliktreduzierung und wirtschaftliche Prosperität selbst davon profitieren.

Agenda-Leitlinie: Konsum

Anbau, Produktionsweise und zurückgelegte Wege zwischen Gewinnung der Rohstoffe und Verkauf bestimmen im wesentlichen den Material- und Energieaufwand eines Produkts. Dieser Aufwand übersteigt den während des Gebrauchs und der Entsorgung oft um das Zehnfache. Durch kurze Nutzungsdauer (schneller Verschleiß, kurzlebige Modeerscheinungen, ...) vergrößert sich der Verbrauch an lebenswichtigen und nur begrenzt verfügbaren Ressourcen zusätzlich. Die Preise von Gütern spiegeln den Aufwand für ihre Herstellung und die Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern in keiner Weise wieder.

Genußvoll verwenden statt verbrauchen

Umwelt- und sozialverträglicher Konsum sowie verantwortliches Wirtschaften sind untrennbar miteinander verbunden. Die ressourcenschonende, behutsame Alternative orientiert sich an folgenden Kriterien:

- > Sparsamkeit
- > Regionalorientierung
- > gemeinsame Nutzung
- > Langlebigkeit.

Alle Offenbacherinnen und Offenbacher tragen zu einem zukunftsfähigeren Konsum bei: Beim täglichen Einkauf sowie bei der Nutzung und verantwortungsvollen Entsorgung von Gütern.

Viele Akteurinnen und Akteure wirken bei der Schaffung von Angeboten mit, den Bedarf an Verbrauchsgütern und Nahrungsmitteln in Einklang mit den Forderungen der Agenda 21 zu decken: Stadt, Einzelhandel, Betriebe, Schulen, Erwachsenenbildung u.v.m. "Genußvoll verwenden statt verbrauchen" ist der Grundsatz vieler neuer Dienstleistungen: Durch das Vermitteln von gemeinsamen Nutzungsmöglichkeiten eines Produkts, der Weitervermittlung von nicht mehr benötigten Gütern, der Reparatur und schließlich der Verwertung von Konsumgütern wurden viele Arbeitsplätze geschaffen.

Wende-Szene: Erste Wahl aus zweiter Hand

Das bereits 1999 an seinem ersten bescheidenen Standort in der Kaiserstraße entstandene Gebrauchtwarenhaus Offenbach liegt jetzt mitten in der Fußgängerzone und belegt eine Ladenfläche vergleichbar mit der des „Kaufhof“. Dank der entschiedenen Unterstützung durch die Stadt und den lokalen Caritasverband wurden dort insgesamt 64 Arbeitsplätze geschaffen: Nicht nur für den Verkauf, sondern auch für Reparatur und Aufbereitung von Möbeln, beim Abhol- und Lieferservice oder dem speziellen Haushaltsauflösungsteam haben Langzeitarbeitslose eine Perspektive erhalten. Durch begleitende Schulungsmaßnahmen mit geeigneten Partnern sind die Beschäftigten fit für den Arbeitsmarkt: Betriebe auf der Suche nach qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wenden sich oft zuerst an das Gebrauchtwarenkaufhaus.

Kleidung, Möbel und Geschirr aus zweiter Hand finden regen Absatz: Da alle angenommenen Produkte sorgfältig gereinigt und instandgesetzt werden, haftet ihnen auch nicht mehr das „Muffel-Image“ früherer Second-Hand-Läden an. Die ansprechende Präsentation und Dekoration erleichtern die Entscheidung für den Kauf eines gebrauchten Produkts. Als besonderer Verkaufsschlager haben sich die auf ihre Funktionstüchtigkeit geprüften Elektrogeräte herausgestellt. Nicht zu unterschätzen ist der ökologische Nutzen: Die ESO verzeichnet ein spürbar geringeres Müllaufkommen, insbesondere des Sperrmülls.

Umweltschonende, die Region unterstützende und fair erzeugte Lebensmittel

Eine den Prinzipien der Nachhaltigkeit entsprechende Ernährung setzt sich aus den Bausteinen ökologischer Anbau von landwirtschaftlichen Produkten, umweltschonende Verarbeitung, kurze Vertriebswege und möglichst direkte Vermarktung zusammen. Natur-, Ressourcen- und Bodenschutz, Gesundheit, eine wirtschaftliche Stärkung der Region sowie eine größere Identifikation mit

der Region sind der Dank. Der Einzelhandel führt Lebensmittel aus **kontrolliert-ökologischem** Anbau und/oder aus der Region, begleitet durch ein offensives Marketing. Landwirtinnen und Landwirte aus der Region werden motiviert und durch ein gemeinsames Marketing unterstützt, ihre Erzeugnisse direkt zu vermarkten und erhalten so ein zweites Standbein.

Neue Wertvorstellungen und nachhaltige Lebensstile

Die Verbraucherin und der Verbraucher der Zukunft sehen sich als Protagonisten einer wirtschaftlichen Wende zur Zukunftsfähigkeit. Sie haben im Auge, daß sie mit ihrem Einkauf, ihrem Verbrauch oder ihrer Investition an den weltweiten Energie- und Stoffströmen beteiligt und mitverantwortlich für die Lebensbedingungen der Menschen in anderen Ländern, vornehmlich denen des Südens, sind. Aufmerksam gemacht und motiviert durch Informations- und Bildungsangebote, entwickeln sie Schritt für Schritt Gewohnheiten, ihr tägliches Leben weniger materialintensiv zu gestalten.

Gute Beispiele, Vorbilder und Kampagnen vermitteln, daß nachhaltiges Konsumverhalten nicht gleichzusetzen ist mit Verzicht und Enthaltensamkeit sondern einen Gewinn an Zufriedenheit, sozialen Kontakten und Zeit darstellt.

Bestandsaufnahme

Ausgehend von den drei oben aufgeführten Themenfeldern zu einem zukunftsfähigen Konsumverhalten sollen die im folgenden zusammengefaßten Positiv- und Negativ-Tendenzen bereits existierende Ansätze aufzeigen und Aufschluß über die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs geben.

positiv:

- ④ Zwei Wahrzeichen Offenbachs: der Wochenmarkt und der Flohmarkt
- ④ relativ gutes Angebot an Lebensmittelgeschäften mit Produkten aus kontrolliert-ökologischem Anbau
- ④ Querbeet-Lieferservice
- ④ **Allerweltsladen**
- ④ relativ gute Second-Hand-Szene (auch für Elektrogeräte, **Spielzeug**,...)

negativ:

- ④ hohes Abfallaufkommen, ungenügende Abfalltrennung
- ④ nur geringer Anteil von Ständen mit Produkten aus der Region bzw. aus kontrolliert-ökologischem Anbau auf dem Wochenmarkt
- (?) praktisch kein Angebot an Verbraucherberatung
- ④ kein Angebot an Öko-Textilien

Maßnahmen und Projekte

- 1) Schaffung eines "Offenbacher **Nachhaltigkeitslabels**", Auszeichnung von Betrieben und Geschäften (Lokale Agenda 21)
- 2) Vorbildfunktion Kommune - z.B. Einführung eines umweltfreundlichen Beschaffungswesens, **Best-vor-Billigbieter-Prinzip**, Ausschank von fair erzeugtem Kaffee bei Bewirtungen, Einsatz von Spülmobilen bei Großveranstaltungen... (Stadt)
- 3) Getrennte Sammlung von gut erhaltenen Möbeln, Aufbereitung und Abgabe (ESO, GOAB)
- 4) Motivation von Landwirtinnen und Landwirten in der Umgebung zur Direktvermarktung in Kooperation mit dem Kreis Offenbach (Stadt, Kreis)
- 5) „**Altkleider-fair-wertung**“ (Wohlfahrtsverbände, Stadt)
- 6) „**Shop & Go**“: Einrichtung eines gemeinsamen Heimlieferservice aller Einzelhändlerinnen und Einzelhändler in der Innenstadt (Stadt, City-Manager, Einzelhandel)
- 7) Einrichtung von Tauschring und/oder Tauschbörse (Private, organisatorische Unterstützung durch Stadt)
- 8) „**21 Agenda-Haushalte**“: Möglichkeiten und Grenzen nachhaltigen Konsums in Offenbach werden in ausgewählten Bedarfsfeldern erprobt, Multiplikatoreffekt durch intensive Öffentlichkeitsarbeit (Stadt, Volkshochschule, 21 Offenbacher Haushalte)

- 9) „KorKampagne Offenbach“: Bewußte Nutzung des wertvollen Rohstoffes Kork geht einher mit Beitrag zum Naturschutz in den von zunehmender Bodenerosion bedrohten Mittelmeerländern, der Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Weiterverwertung und -Verwendung und der Vermittlung des Agenda-Gedankens durch die Einbindung vieler Akteurinnen und Akteure (ESO, Gastronomie, GOAB,...).
- 10) "Fairführer Offenbach" - Erstellung eines Führers durch Gütesiegel und Geschäfte sowie Unternehmen in Offenbach, die fair gehandelte oder ökologische Produkte bzw. "nachhaltige" Dienstleistungen anbieten (Lokale Agenda 21, Einzelhandel, Industrie- und Handlungskammer).

Indikatoren

Ein wesentlicher Indikator für einen nachhaltigen Konsum ist das Abfallaufkommen als „Maßzahl“ für einen nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen. Sinnvoll ist eine „lokalspezifische“ Einheit. Deshalb als Vorschlag:

- ◆ Anzahl der Füllungen der Stadtkirche/des Isenburger Schlosses, o.ä. mit der jährlichen Hausmüllmenge

Weitere Indikatoren könnten sein:

- * Anteil an Supermärkten mit Angeboten aus der Region
- ◆ Anteil der Stände auf dem Wochenmarkt mit Produkten aus ökologischem Anbau
- * Gaststätten/Kantinen, die mindestens ein Gericht mit Zutaten aus ökologischem Anbau / aus der Region anbieten
- * Anteil der Betriebe/Geschäfte mit „Offenbacher Nachhaltigkeitslabel“

Verweis auf andere Leitbilder

Weitere Maßnahmen im Sinne dieser Leitlinie sind auch in vielen anderen Leitlinien der Lokalen Agenda 21 Offenbach enthalten (z.B. Verkehr, Offenbachs globale Verantwortung, Nachhaltiges Wirtschaften)